

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich K 2 18.— vierteljährlich 48.— halbjährig 98.— ganzjährig 192.— Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung des Retournierten. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 30. August 1923.

Nr. 202.

Deutsches Bürgertum.

Wer sind sie, die uns im Wahlkampf gegenüberstehen? Was bedeuten die Worte: „Deutsche Bürger“? Denn daß die deutschen Bürger sich sammeln mußten zu einheitlicher Verteidigung des Deutschtums, verkünden Tag um Tag die Zeitungen, die Blätter eben dieses Bürgertums sind.

Deutsche Bürger! Zwar hat es nie ein so stolzes, seiner Aufgaben und seiner Kraft sich froh bewußtes Bürgertum gegeben, wie etwa das englische. Dieß doch das deutsche Bürgertum sogar die Schlachten seiner Revolutionen zumeist von deutschen Proletariern schlagen. Verlor es doch im Augenblick des Sieges den Mut vor der eigenen Kurage. Verbündete es sich doch sofort mit denen, die eben noch seine Feinde waren, gegen die Kampfgefährten von gestern, gegen die Arbeiter, als es sah, daß die Proleten sich nicht genug sein ließen mit der Ehre, für des Bürgertums Wohl zu sterben. Aber doch hatten die Worte „Deutsche Bürger“ einst anderen Klang als heute. Denn es standen doch einmal deutsche Studenten, Söhne des deutschen Bürgertums, auf den Barrikaden. Und es gab doch einmal einen Robert Blum und einen Hecker, einen Uhland und einen Reuter. Deutsche Bürger!

Verflungen sind ihre Namen. Verweht ihr Andenken. Nur deutsche Arbeiterjungen lesen sich noch die Wangen heiß über der Geschichte der großen Revolution. — Gab es einmal einen Kulturkampf? Gab es einmal eine Empörung über das Unschicklichkeitsdogma? War schwarz-rot-gold einmal die Farbe der deutschen Einheit nicht allein, sondern auch der Freiheit und Gleichheit und Brüderlichkeit aller Deutschen? Vergessen! Vergessen!

Was blieb von den großen Idealen? Was lebt von den unsterblichen Gedanken deutscher klassischer Philosophen und Dichter im deutschen Bürgertum? Wer träumt ihn fort, den alten, heiligen deutschen Traum vom Weltbürgertum und vom Weltfrieden? Deutsche Studenten werden es sein! In der Jugend der Bourgeoisie muß noch ein Flämmchen glimmen von jenem verzehrenden Feuer, das ihre Kommissionen im großen Jahr auf die Barrikaden trieb! Deutsche Studenten? Ach ja, sie hummeln, so oft's möglich, sie hüffeln, wenn's nötig ist — und werden Ärzte, Juristen und Beamte, so wie ein Proletariatssohn, wenn er das „Glück“ hat, lernen zu dürfen, Schlosser, Schuster oder Tischler wird. Und sie hassen die Juden und die Tschechen, weil sie ihre Konkurrenten sind. Und ihr Ideal? Nun, es ist jenes, dessen Symbol das Galenkreuz ist. Und noch eines haben sie: einmal irgendwo und irgendwie Karriere zu machen. Theodor Storm schrieb die Mahnung:

„Aber hüte dich, mein Sohn, vor dem Karrieremachen!“

nicht für das deutsche Bürgertum, nicht für die Söhne der deutschen Bourgeoisie. Das aber ist vielleicht das Höfeste: daß auch die wenigen Söhne des Proletariats, die sich bis zur Universität und an der Universität durchhungen, von denselben „Gedanken“, die nichts mit Ideen zu tun haben, erfährt werden. Auch sie lernen Juden und Tschechen als künftige Konkurrenten verabscheuen, und auch sie erschrecken — bei ihnen wär's freilich Lohn für jahrelanges Hungern und Mühen — eine geruhige Karriere.

So ist's denn nicht möglich, daß die hunderte Studenten, die Jahr um Jahr die Universität und die Technik verlassen, neue Ideen in die deutschen Provinzstädte tragen. Sie fügen sich in schlüchter Selbstverständlichkeit ein in das Leben der deutschen Provinz, wie es nun schon seit Jahrzehnten sich trägt fort-schleppt. Und etwas anderes als Provinz gibt es nicht.

Und nun wird in der deutschen Provinz um die Macht in den Gemeinden gekämpft. Nun kämpft das deutsche Bürgertum dort, wo es bis vor wenigen Jahren Alleinherrscher war, gegen die Bedrohung oder Ein-

Der Kampf der Bergarbeiter.

Der neunte Streiktag.

Die Vertreter der Bergarbeiter ins Ministerium für öffentliche Arbeiten eingeladen.

Nach den Berichten, die bei der Zentralstreikleitung aus der Provinz einliefen, ergab sich in der Streiklage auch am heutigen Tage keine Änderung.

Vormittag wurden mit den Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen der Glasarbeiter Beratungen gepflogen, die notwendig wurden.

Eine Kundgebung der Gultschiner Bergarbeiter.

Sonntag tagte in Gultschin eine Bergarbeiterversammlung, in welcher Genosse Wagner den Bericht über den Verlauf der letzten Einigungsverhandlungen erstattete. Er verwies in seinem Referate auf die Hartnäckigkeit der Unternehmer, auf die Schwere dieses Kampfes und verwies auf das Stillschweigen der Regierung. Durch den verbrecherischen Raubzug auf die Existenz der Bergarbeiter mußten die Bergarbeiter in den Abwehrkampf treten. Die Unternehmer glaubten, daß es gelingen werde, durch Kundmachungen die Öffentlichkeit gegen die Bergarbeiter zu heizen, z. B. wenn sie lügen, daß die hohen Löhne der Bergarbeiter die Krise mithervorgerufen und beeinflusst haben. Man könnte ebensogut den Bergarbeitern den letzten Bissen Brot nehmen, um der Welt vorzuschwindeln, daß nur so die Krise sanktirt werden kann. In ihrem gerechten Abwehrkampf werden die Bergarbeiter solange ausharren, bis der Starrsinn der Unternehmer gebrochen ist.

Einmütig nahm die Versammlung eine Resolution an, in der den koalitierten Verbänden

Schränkung, oder um Wiedergewinn seiner Herrschaft. Aber Macht, Herrschergewalt können doch nicht Selbstzweck sein. Also gilt es Wahrung der deutschen Kultur, Schutz der Zivilisation, Verteidigung der Ideen, die schon den Vätern heilig waren? Nun gilt es, die deutschen Gemeinden wieder zu Stätten froher Geistigkeit, sozialer Gerechtigkeit, zu Zentren des Ringens um den Fortschritt des Menschentums zu machen?

Das Leben einiger deutschbürgerlicher Wahlkundgebungen, Blide in ein paar deutschbürgerliche Zeitungen, genügen, Gutgläubige zu belehren. An die Profitgier der mehrfachen Hausbesitzer wenden sie sich, sie gegen die Mieter aufzustacheln. An den engen Stolz der Erbeingeseffenen, sie gegen die Habenichtse, die Arbeiter, zu erbofen. An die Gewerbetreibenden, sie in Garnisch zu bringen gegen die Arbeitervertreter, die in den Gemeinden „experimentierten“, ohne zarte Rücksicht auf die Abneigung gegen das Umlagezahlen zu nehmen. An den Stolz der Beamten und Lehrer — den letzten Rest ihres vermeintlichen „Bürger-Seins!“, „Besseres“ zu sein als die Arbeiter! Und auf dieses Gemisch von Profitgier, Abscheu, Einbildung und Steuerhauerei wird eine widerliche Sauce nationaler Nebenarten gegossen — und die „Ideen“, die das deutsche Bürgertum im Wahlkampf führen, sind fertig.

Kampf um Kulturgüter? Ja, werden sie denn von den Arbeitern bedroht? Die Arbeiter wollen, daß Schulen gebaut und gut ausgestattet werden, daß Bibliotheken errichtet und betretet werden, daß Kindergärten geschaffen, Spielplätze errichtet werden, daß die Theater auch den Arbeitern zugänglich gemacht werden. — Sie wollen Anteil an den Kulturgütern! Ihr Streben ist ein im reinsten Sinne nationales Streben. Die deutsche Kultur dem ganzen deutschen Volke! Aber das kostet Geld, verhindert den Abbau der Umlagen — und darum ist der deutsche Bürger dagegen. Außerdem vermag er nicht einzusehen, warum man den Arbeitern Bildungsansprüche neben soll, auf die er selber immer weniger Wert legt.

da Ansuchen um Zuweisung von Kohle zur Erhaltung der Glasöfen eingelangt waren. Es wurde beschlossen, dem Ansuchen zu entsprechen, solange nicht über eine Verschärfung des Streikes entschieden wird und den Revierstreikkomitees in dieser Richtung die entsprechenden Instruktionen zu erteilen.

Ueber Einladung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten wird sich die Zentralstreikleitung am morgigen Tage im Ministerium für öffentliche Arbeiten einfinden.

das vollste Vertrauen ausgesprochen und der Zentralstreikleitung empfohlen wird, auf ihrem bisher eingenommenen Standpunkt auch weiter zu beharren. Die Bergarbeiter stehen fest im Vertrauen der Organisation, sie sind entschlossen, unter eiserner Disziplin den Kampf solange zu führen, bis die Hartnäckigkeit der Unternehmer gebrochen ist und werden sich zu keiner Provokation hinreichend lassen, mögen welche Mittel immer dazu angewendet werden.

Glasarbeiter und chemische Arbeiter im Arbeitsministerium.

Im Ministerium für öffentliche Arbeiten sprach eine Deputation von Glasarbeitern vor, die erklärte, daß sie 35.000 Arbeiter vertrete, die infolge Kohlenmangels in ihrer Existenz bedroht sind und sie forderte, daß seitens der Regierung alles getan werde, daß der Streik ehestens und schnellstens beendet werde. Außerdem stellte sich eine Deputation von chemischen Arbeitern ein, die eine ähnliche Forderung vortrugen.

Und die Ausgaben für soziale Zwecke kosten Geld, — also sind die Umlagenfeinde dagegen. Die Kommunalisierungsversuche drohen den Privatunternehmungen gefährlich zu werden, — also sind die deutschen Bürger dagegen. Denn ihr Lebensgrundsatz ist: ich will Profit machen, — wir alle wollen Profite machen. Kampf darum den Arbeitern, den Feinden unseres Profits!

Das ist die deutschbürgerliche Kultur, um die der Kampf geht: die Kultur des Profits! Wirkliche Kultur? Ideenkampf? Wo ist denn in der deutschnationalen Politik eine Idee? Bis zum Kriegsende war der Inhalt der deutschbürgerlichen Politik jener engstirnige Nationalismus, der die deutschen Bürger zu Habsburgknechten machte und sie in das zur Erfolglosigkeit verdammt Bemühen trieb, aus Oesterreich einen „deutschen“ Staat zu machen. Und die Idee, mit der sie seit dem Umsturz prunken, die große Idee des nationalen Selbstbestimmungsrechtes, haben sie von den Sozialdemokraten übernommen, — damals, als sie ratlos vor den Scherben ihrer Politik standen. Jetzt wissen sie auch mit dieser Idee nichts mehr anzufangen und ihre Politik hat sich aufgelöst in klägliches Gezänke kleinlicher Gruppen, hinter welcher Streiterei wieder nichts anderes steckt als die Machtgier dieser Gruppen. Hier nach Macht, um den Profit zu mehren oder doch seine Schmälerung zu hindern. Und je nach der Erwägung, welche Parteigruppe diese seine einzigen Wünsche am ehesten zu erfüllen vermöge, gestaltet sich die politische „Ueberzeugung“ des deutschen Bürgers, und da die vielen Parteigruppen miteinander wetteifern in der Produktion verheißungsvoller Schlagworte, die gar beiörend in seine Ohren klingen, schwankt er zwischen den Parteien, wandelt sich immer wieder politische „Ueberzeugung“, ist er immer wieder enttäuscht und immer wieder mit den alten Schlagworten zu gewinnen, wenn sie nur laut genug vorgetragen. Ist noch niemandem das anmüthige Spiel des Parteienwechsels aufgefallen, das so sehr dem Spiele gleicht, das uns als Kinder erfreute und das wir „Zimmerchen vermieten“ nannten oder

„G'vatter, G'vatter, leih' mir die Scheer, wo ist's leer?“ Wie wir als Kinder dabei aufgeregt von Baum zu Baum huschten oder von einem Zimmerwinkel in den anderen, so spazieren unsere biederen Bürger von Partei zu Partei. Von der deutschen Nationalpartei zur christlichsozialen Partei oder zur Gewerkepartei oder zu den Nationalsozialisten oder umgekehrt. Das Spiel ist leicht, es erfordert keine besondere Geistesanstrengung. Die Grundlagen aller Parteien sind ja die gleichen: „Wahrung des deutschen Bestandes“, Kampf gegen die Roten. Nur der Aufspatz und die Führung ist eine andere. Doch pflegen auch die Führer öfter zu tauschen und wer gestern als Agrarier Halm und Uhr schirmte, heute das städtische Bürgertum vertritt, wird morgen fähig sein, mit derselben Ueberzeugungstreue für den „nationalen Sozialismus“ zu kämpfen.

Wo da die großen deutschen Ideale bleiben? Die Ideen von 1848? Die deutsche Kultur? Am besten ist's, nicht darnach zu fragen. Kaum ein deutscher Bürger, der darauf Antwort wüßte, die sie wissen, schweigen. Denn es gibt natürlich auch hochkultivierte, feingebildete Bürger. Aber die trifft man nicht in der deutschen Politik und nicht in den Bierstuben, wo des deutschen Volkes Geschicke entschieden werden. Sie bestimmen nicht das gesellschaftliche Leben in den deutschen Provinzstädten. Das wird gestaltet von der Masse der Kleinbürger, aus denen nicht einmal die politisierenden Advokaten anders als durch Geschäftstätigkeit hervortragen.

Daß ein Ringen gesellschaftlicher Kräfte angehoben hat wie nie zuvor in der Weltgeschichte, daß draußen in der Welt um völlige Neugestaltung gekämpft wird, und daß die Menschheit auch an einer Geisteswende steht, — davon weiß das deutsche Bürgertum nichts. Sprich zu einem dieser zehntausend Speicher von irgend etwas Großem, Gewaltigem, Erhabenem, — er wird dich verständnislos anlocken. Höchstens kriegst du die Antwort: „Die Juden und die Sozi...“

In den deutschen Städten tragen manche Straßen die Namen Moritz Hartmanns, Alfred Meißners, — aber so wenig die deutschen Bürger die Werke dieser deutschböhmischen Dichter kennen, so wenig lebt in ihnen ein Hauch ihrer Ideen. Es waren ja die Ideen von Achtzehnhundertachtundvierzig, — Ideen, die bürgerliche waren und doch nie Gemeingut des deutschen Bürgertums waren. Versunken, vergessen, verweht!

Das weckt ja immer wieder die Wut der deutschen Bürger, daß diese Ideen, von denen sie nicht wissen, daß sie die ihrer Ahnen waren, ihnen als wirkende Kraft entgegentreten in den politischen Forderungen des Proletariats. Freiheit und Gleichheit aller Deutschen, die nicht möglich sind ohne Freiheit und Gleichheit auch der Angehörigen der anderen Nationen, — fordert, ersehnt nur das deutsche Proletariat. Freilich, die Ideen von Achtzehnhundertachtundvierzig hätten auch von einem ihnen getreuen Bürgertum nicht völlig verwirklicht werden können, ohne daß es sich selber aufgehoben hätte, — und die ökonomische Unreife der Gesellschaft hätte es auch verhindert. Aber doch, — was groß war damals, das lebt im Proletariat, und indem es dem deutschen Bürgertum fordernd und kämpfend gegenübertritt, verflucht es die Ideale des Bürgertums von einst gegen das von heute.

Es gibt im Bürgertum keine neues Leben gestaltende, in die Zukunft weisende Idee. Alle Fortentwicklung führt über die Bürgerlichkeit hinaus. Im Bürgertum gibt es nur Konservatismus, Anklammern ans heutige. Sehnsucht nach dem gestrigen. Die deutschen Gemeinden wieder zu Bollwerken dieses starren Konservatismus, zu Bürgen Kleinbürgerlich-enger Reaktion zu machen oder zu Kristallisationszentren gesellschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Fortschrittes, — das ist der eigentliche Inhalt des Gemeinbewahlkampfes.

Sträflicher Verzug.

Deutschland geht mit Riesenschritten dem vollen Verfall entgegen, die Lebensmittel dort werden für den Großteil der Bevölkerung unerschwinglich, die Preisziffern übersteigen den Weltmarktpreis, die damit geföhrvoll heraustrückende Wirtschaftskrise bedroht das Proletariat mit Arbeitslosigkeit, Bayern und die Reaktion rüsten zu Abfall und Ruch — aber die Entente hat Zeit, hat so aufreizend viel Zeit, daß jeder Unvornehmen gläubig glauben muß, sie wolle die Entwicklung zum gänzlichen Zusammenbruch treiben. Die Note Englands an die Verbündeten, die den Verlauf der Verhandlungen heute beschleunigen und ein einheitliches Vorgehen erzielen wollen, blieb zuerst in Paris und Brüssel wochenlang liegen, dann antworteten endlich vor einigen Tagen Poincaré und gestern Theunis in umfangreichen Schriftstücken, die der englischen Beweisführung die eigene Auffassung ausführlich gegenüberstellen, die und da eine Spur von Entgegenkommen erstatten lassen, aber über das Wichtigste, die praktischen Anregungen, hinweggehen. Die belgische Note gipfelt sogar in dem Vorschlag, die öffentlichen Auseinandersetzungen einzustellen und zu den geheimen Unterhandlungen zurückzukehren, die zwei Jahre hindurch zu Europas Unheil die diplomatischen Aktionen beherrscht haben und, wieder eingeführt, die Krönung alles Unheils in einer unabsehbaren Katastrophe auflösen müßten.

An diesem verantwortungslosen Spiel mit dem Schicksal der Welt mitten in einer von Krisenstimmung erfüllten Atmosphäre gemessen, ist eigentlich, was Brüssel sonst an Positivism und Negativem zu sagen hat, von verzweifelt geringem Belang, doch sei es immerhin als Dokument kurz-sichtiger Bourgeoispolitik und altmodischer Diplomatenkunst in den Grundzügen festgehalten. Die Herren Theunis und Poincaré versichern also feierlich, die englischen Vorschläge, was niemand bezweifelt hat, gründlich geprüft zu haben und erklären sich zu einem Kompromiß im Reparationsstreit bereit, ohne ihre Meinung den anderen Verbündeten als Diktat aufzuzwingen zu wollen. (Was von dem Knieps Belgien, der sich im Schatten des wohlgenährten Poincaré sehr wohl zu fühlen scheint, dem Riesen England gegenüber wirklich liebenswürdig ist.) Gleich der französischen Antwort hebt dann auch die belgische hervor, daß England zu Floyd Georges Zeiten nie die gesetzliche Verantwortlichkeit, sondern nur die Zweckmäßigkeit der Reparation angezweifelt habe, und hält sich auch in der Behauptung, die Okkupation sei kein kriegerischer Vorgang, sondern eine technische Maßnahme zur Sicherung der Pfänder, getreulich an das große Pariser Muster.

Neu und etwas freundlicher klingt in diesem Abschnitt nur der Satz: „Die Okkupation . . . kann im Falle der Einstellung des Widerstandes durch interalliierte Kontrolle ersetzt werden.“ Dieses Zugeständnis — das freilich durch die Einschränkung: „In dem Maße, in welchem die Reparationsverpflichtungen erfüllt werden, können die Räumung des Gebietes erfolgen“ beträchtlich abgeschwächt wird — eröffnet immerhin die Perspektive, daß der Okkupation durch Teilnahme vieler Staaten der annexionsistische Charakter genommen werden kann. Den wirtschaftlichen Bedürfnissen Deutschlands gegenüber, das die freie Bewegung im Industriegebiet dringend benötigt, ist das freilich noch viel zu wenig, ausdiesreicher ist schon das nächste Zugeständnis, Belgien sei bereit, „den britischen Vorschlag auf Geldentmachung produktiver Pfänder in Deutschland zu überprüfen.“ Wenn man sich der Erklärung Stresemanns erinnert, daß die neue Regierung der Beistellung produktiver Pfänder durchaus nicht widerstrebe, daß es aber eine verschieden-

artige Behandlung des Ruhr-Rheingebietes und des übrigen Deutschland grundsätzlich ablehne, so darf man in der Geneigtheit Belgiens, sich mit produktiven Pfändern irgendwo in Deutschland zufrieden zu geben, noch am ehesten eine Brücke zu künftigen Verhandlungen erblicken.

Echt kapitalistisch ist die ausführliche Auseinandersetzung über die belgische Priorität, das heißt über das Anrecht, aus den deutschen Reparationszahlungen zuerst bezahlt zu werden, weil Belgien im Kriege am meisten verwüstet worden sei. Der englischen Behauptung, Belgien sei bisher vor allen anderen Siegern so reich bedacht worden, daß sich im Hinblick auf Englands schwere Verluste eine weitere Aufrechterhaltung der belgischen Priorität erübrige, stellt die Brüsseler Note die gerade entgegengesetzte Behauptung gegenüber, und wie sie hier zu feilschen anhebt, so tut sie es auch mit den belgischen Schulden an England. Es ist der Streit um die Beute unter den Siegern selbst, dem Deutschland und die neutrale Welt hier unartig zusehen müssen, die Frage, ob Belgien an den fünfzig Milliarden betragenden A- und B-Guthaben Deutschlands mit acht oder dreizehn Prozent beteiligt sein soll, greift einzig und allein in Belgiens und der Alliierten Tasche, aber eben deshalb ist dieser Streitpunkt ganz besonders gefährlich. Hier hat der fiskalische Egoismus der beteiligten Staaten einzig und allein das Wort, er kann durch kein Entgegenkommen Deutschlands gebannt, durch keine Erwägung der Vernunft in Schranken gehalten werden, dem Ausgleichswert, das durch den energischen Erfüllungswillen Deutschlands in die Wege geleitet werden könnte, droht ein Scheitern an der Rivalität Frankreichs, Belgiens, Englands und Italiens um die Profitrate.

Angenehm ist der hier auftauchende Gedanke, daß es doppelt not, daß Deutschland auf dem Wege fortschreite, den es betreten hat. Es darf keinen Zweifel daran lassen, daß es alles in seinen Kräften Liegende tun will, es muß energisch auf direkte Verhandlungen drängen, um diesen seinen Willen möglichst bald durch Taten zu beweisen. Die Nachrichten von Bemühungen Stresemanns, zu einer Besprechungsgrundlage mit den Alliierten zu gelangen, lassen auf die so lange und schmerzlich vermehrte Aktivität der deutschen Diplomatie hoffen und die vom Sozialdemokratischen Pressedienst gemeldete Geneigtheit der Ruhrarbeiter, unter ganz bestimmten Sicherheiten den passiven Widerstand aufzugeben, verspricht eines der schwierigsten Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Die Gemeindewahlen.

Die menschenfreundlichen Agrarier.

Die Feindseligkeit der Landbändler gegen jegliche soziale Gesetzgebung haben wir oft genug aufgeführt. Einen weiteren wertvollen Beitrag zu diesem Kapitel liefert der Abgeordnete des Bundes der Landwirte, Windisch. In der in Braunau erschienenen „Scholle“ veröffentlichte dieser Herr einen langen Artikel, in welchem er die geheimsten Wünsche der Landbändler offenbart. Der Herr Windisch ist mit dem Parlament höchst unzufrieden. Er schreibt:

„Vor allem wurde von dem Parlament erwartet, daß es auf die Errichtung von Zöllen für landwirtschaftliche Erzeugnisse Einfluß nehmen würde. Dieses Problem ist brennend . . . Die Landwirte können nicht noch länger zusehen, wie ungeheure Mengen von Wahlprodukten ungehindert die Grenze passieren . . .“

Der Einfuhr von Wehl und Wahlprodukten reichte sich dann weiter in gefährlicher Weise an der unbeschränkte Import von Schlachtvieh.“

men. Dem Prestigewillen Frankreichs und Belgiens würde so Genüge geschehen. Vielleicht reicht dieses bittere Opfer aus, um den Profitwillen in den von der Vernunft gezogenen Schranken zu halten. Freilich nützt alles zusammen nichts, wenn es nicht sehr, sehr bald geschieht. Jeder Verzug ist ein Verbrechen, auf das die Strafe von Europas Untergang stehen kann!

Die Aufnahme der belgischen Note in London.

London, 28. August. (Davas). Eingeweihte Kreise anerkennen die außerordentliche Dringlichkeit der belgischen Antwort und betonen, daß Großbritannien niemals das belgische Prioritätsrecht auf die deutschen Reparationszahlungen geleugnet hat. Die Mächte bemerkten, daß gegen Belgien nicht ungerecht vorgegangen wurde, da es bereits für Reparationen 73 Millionen Pfund Sterling erhalten hat. Betreffs des Vorschlages, einer Konferenz der Alliierten in der Reparationsfrage erklärt das Reutersche Büro, Großbritannien wäre bereit, die Besprechungen nur dann fortzusetzen, wenn die Alliierten den aufrichtigen Wunsch äußern würden, eine Vereinbarung zu erzielen und ihren Standpunkt den Forderungen der Lage anzupassen.

London, 29. August. (H. A.). Die Ansicht über die belgische Note steht noch nicht fest, doch hat ihr freundschaftlicher Ton einen günstigen Eindruck gemacht. Der Gegenstand verschiedener Erwägungen bildet lediglich die Tatsache, daß die Note den englischen Vorschlag, eine internationale Kommission zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit zu bilden, nicht erwähnt. „Daily Chronicle“ überschreibt seinen Leitartikel: „Ein besserer Ton, ohne jedoch Aussichten zu eröffnen“, und erklärt, die Note enthalte einen Vorschlag, der kaum erfolgversprechend sei, daß nämlich geheime Erörterungen zwischen den Ministern stattfinden sollen. Dies würde nichts anderes sein, als eine Rückkehr zu den diplomatischen Methoden, wie sie in den Monaten Mai und Juni erschöpfend, aber äußerst erfolglos, angewendet wurden. Das besondere Verdienst der Initiative Baldwin's sei gewesen, daß er die Verhandlungen aus dieser Phase herausgebracht habe. Der Notenauftausch habe die Frage wenigstens in die Öffentlichkeit vor das Forum der Wähler gebracht. Es könne nicht der englische Wunsch sein, so sehr es auch der Wunsch Poincaré's sein möge, das Problem wieder in die frühere Geheimhaltung zu begraben.

zu erzielen, mit der Zustimmung der Sozialversicherung eine Verpflichtung einzugehen, deren Kostenhöhe noch gänzlich unbekannt ist. Sicher ist aber, daß diese Verpflichtung neue Milliarden erfordern wird. Dringend ist . . . die Verquickung neuer Probleme auferacht zu lassen und besonders von solchen Fragen abzugehen, deren Umfang und finanzielle Tragweite vollkommen unbekannt sind!

Herr Windisch und seine Landbändler wünschen also eine Versorgung der Arbeiter in ihren alten Tagen nicht; deshalb nicht, weil sie Milliarden erfordern würde. Seine Klassenossen haben aber 1914 nicht gesagt, die Regierung solle von Fragen absehen, deren Umfang und finanzielle Tragweite vollkommen unbekannt waren. Da gaben seine Leute gern die Milliarden, damit Menschenleiber zerfeht, die Kinder ihre Väter, die Frauen ihre Männer, die Mütter ihre Söhne verlieren konnten. Das mögen sich auch jene Landbändler gut merken, die selber, oder deren Kinder in Lohnarbeit stehen. Auch sie haben ein großes Interesse daran, daß die Sozialversicherung Gesetz wird, da ja auch sie in ihrem Alter leben wollen. Bei den kommenden Gemeindewahlen wird mit den menschenfreundlichen grünen Herrschaften ein ernsthaftes Wortlein über ihr soziales Empfinden zu reden sein.

Die Pfaffen greifen in die Wahlbewegung ein.

Wie eng die verschiedenen kirchlichen Parteien aller Nationen mit der Organisation der römisch-katholischen Kirche zusammenhängen, beweist ein Aufruf des „Clubs der Geistlichen der tschechoslowakischen Volkspartei“, in dem die Pfaffen aufgefordert werden, sich überall an die Spitze der Agitation für den Sieg der kirchlichen Parteien bei den Gemeindewahlen zu stellen. In dem Aufruf wird erklärt, daß alle katholischen Priester das größte Interesse an dem Ergebnis der Gemeindewahlen haben, schon aus dem Grunde, weil im Herbst die Frage der Trennung von Kirche und Staat entschieden werden soll. Sehr interessant ist in dem Aufruf folgender Absatz:

„Die Geistlichkeit hat unbedingt ein Interesse an der Zusammensetzung der Gemeindevorstellungen, weil in die Kompetenz der Gemeinden die Verwaltung der Gemeindefinanzien, die Volksbildung, die Führung von Gebetbüchern, das Verborgen von Schulkolaten zu volkshilflichen und Turnzwecken, die Entscheidung über religiöse Angelegenheiten in den Schulen, die Aufsicht über die Schulen, über die Lehrer, über die Jugend usw. fällt. Deshalb muß ein entschiedener Katholik in die Gemeindevorstellung eingreifen.“

Mit einem religiösen Appell schließt der politische Aufruf. Anstatt sich um die Religion zu kümmern, anstatt Gottesdienste zu feiern und sich ausschließlich auf den Gottesdienst zu beschränken, mischen sich die Pfaffen in die Politik, um auch da Verwirrung und Unheil zu stiften. Wenn sie an die Macht kommen, würden sie aus den Gemeindefinanzien jedes freie Buch vertreiben, sie würden die Volksbildung vergiften, sie würden Schulkolaten ausschließlich kirchlichen Vereinen überlassen, unsere Arbeiterturnvereine könnten nicht mehr die Turnsäle der Schulen benutzen, sie würden die Kinder unserer Genossen verdummen und die freiheitlichen Lehrer drangsaliieren. Das spricht deutlich aus dem Aufruf der politisierenden Geistlichen, die von den Wähler dorthin verwiesen werden sollten, wo sie hingehören, in die Kirche und nicht in die Gemeindefinanzien.

Das größte Dorf Europas.

Einige Bilder aus Rumäniens Kulturzentrum.

Von E. v. Bielen.

Der Mann, der Bukarest zum erstenmal das Paris des Orient genannt hat, der hat es nicht gefannt oder er war auf Paris sehr böse. Denn die Schmeichelei für jenes, war zugleich eine der bösesten Grobheiten für dieses. Wahrlich, das hat sich Paris nicht verdient, daß das größte Dorf der Welt nach ihm benannt wird. Das aber ist Bukarest weit eher als ein Klein-Paris. Der es so getauft hat, der hat wohl nur den kleinen Auschnitt von Bukarest gefannt, der sich um die Calea Victoriei und die Strada Carol gruppiert, es mag schon zweifelhaft sein, ob er in eine der Nebengassen dieser Hauptstraßen gekommen ist, sicher ist aber, daß er seinen Fuß, außer in offizielle Gebäude, in Hotels und Restaurants und manche Privathäuser, in kein Bukarester Haus, sicher in kein normales Wohnhaus gesetzt hat. Was er da an Unkultur zu schauen bekommen hätte, das hätte ihm die Luft vertrieben, Paris zum Vergleich heranzuziehen. Daß er den Orient damit verbunden hat, war vielleicht ein unbeachtlicher böser Witz, durch den aber auch eher der Orient als Bukarest zu Schaden kommt. Es gibt weitgereifte Leute, insbesondere Kenner des Orients, die für den Orient ganz entschieden die Ehre ablehnen, daß ihm Bukarest zugezählt wird.

In der Tat, es gehört ein guter Wagen dazu, Bukarest zu „studieren“, aber auch ein guter Wagen, denn Bukarest dehnt sich weit, dazu: die Straßen sind schlecht und öffentliche Verkehrsmittel gibt es so oft wie keine, außer dem Lohnfuhrwerk, den Ein- und Zweispännern, die von den „Mistaken“ gelenkt werden, Kutschern in langen, schwarzblauen Samitellen, die zu der Bukarester Sommerhüte nicht gerade gut passen,

und den vielen Kraftwagen. Dennoch muß der, der Bukarest wirklich kennen lernen will, einem der vielen Flaneure in sein „Heim“ folgen, die, angehen mit elegantester Kleidung, so gern vor dem Bojarencafé stehen und die vorbeischießende Weiblichkeit oft unverschämte genug mustern. Das Bojarencafé in der Stadtmitte von Bukarest, fünf Minuten vom Stadtbüro des Königs entfernt, hat in Bukarest etwa die Rolle der Sirk-Café in Wien. Wie hier, so auch dort das Stelldichein der Müßiggänger und Pfaltertreiter, und solcher, die selbstbewußt ihren Ehrgeiz darin setzen, auch für solche gehalten zu werden, obgleich sie tagtäglich ehrlich arbeitende Menschen sind. Solcher Tagelöhner des Scheins hat es in Bukarest eine schwere Menge. Und beiderlei Geschlechts. Die meisten wollen mehr scheinen als sie sind. Folgt man ihnen aber von der Welt des Scheins in die Welt ihres Seins, dann sieht man auch das wahre Gesicht der Stadt, sieht seine ganze kulturelle Niedrigkeit.

Der König hat in der Stadt einen verhältnismäßig beschriebenen Palast. Der einstöckige Bau ist auch allzu weitläufig. Ihm gegenüber liegt die Universität. Als solche kaum zu erkennen. In der Hochburg der Wissenschaft gibt es im Erdgesch. dem Plage zugekehrt, auch einige elegante Kauf-läden. Fährt der König aber abends nach Hause in sein in der Vorstadt Kotrofscheni gelegenes Lustschloß — etwa das Schönbrunn von Bukarest — dann tut er gut nicht allzuviel nach links und rechts zu schauen, denn in fast unmittelbarer Nähe der großen Allee, die zum Schloße führt, kann der rumänische König Dinge schauen, die das deutsche Blut in seinen Adern sieben lassen müßten. Aber er schaut offenbar nicht links und nicht rechts, der Herr Ferdinand, des großen Karl größerer Sohn. Er sieht nicht den Schutthaufen, der den stolzen Namen Senatsplatz darum führt, weil auf diesem Platz einst den in der rumänischen Umfassung vorgesehenen Senat ein Beratunghaus

gebaut werden soll, er sieht auch nicht die „Miststätten“, die darum seit einem Jahrzehnt Rathausplatz heißt, weil auf diesem Plage bereinst das Rathaus entstehen soll, er freut sich mit allen Bukarestern im stillen der Tatsache, daß das „Paris des Orients“ seiner Schwesterstadt im Westen darin voraus ist, daß es wenigstens schon den „Platz des Zentralbahnhofs“ in den Stadtplan zugefügt hat, wenn auch der Bahnhof noch nicht gebaut ist. Es ist also gut, daß er nicht links und nicht rechts schaut. Könige sollen nicht links und nicht rechts schauen. Sonst könnte es dem besagten König etwa so gehen wie mir, der ich, je näher ich zum Königsschloß kam, desto mehr nach links und rechts schaute, bis ich im Quartiere Grande, und zwar in der Staba Prangasi, auf einen Pferdeschaber stieß, der hoch aufgeschwollen und von einem Riesenschwarm von Kästlingen umgeben war. Anzeichen, daß dieses gefallene Pferd schon mehrere Tage hier liegen mußte, ohne daß es weggeräumt wurde. In keinem Lande wohl werden die Pferde mehr geschunden, als in Rumänien. Pferde sind billig, billiger als Pferdefutter oft. So werden die armen Tiere nicht selten bis zur letzten Kraft ausgepumpt, dann ausgepannt und ihrem Schicksal überlassen. Auf derselben Rundfahrt, die uns gar nicht weit brachte, weil wir zu viel zu schauen hatten, konnten wir zwei Stunden später in der Strada Grivize, einer Hauptstraße, ein Pferd, schwer atmend unter einem düstigen Bäumchen zwischen Bahnbahn und Bürgersteig liegen sehen. Bis hieher hatte es offenbar kommen können. Dann hatte es sein „Derr“ ausgepannt und seinem Schicksal überlassen. Der Abtransport des kranken, erschöpften oder gefallenen Tieres kostet offenbar viel, viel mehr als ein neues Pferd. Greift es hier sein Ende, wen kümmert es weiter. Das für ein europäisches Auge Unfassbare daran ist aber, daß sowohl an dem ausgebräunten Pferdeleib in der Strada Prangasi wie an diesen

sterbenden Tier, das vielleicht nach ein wenig Wasser leicht in der Sonnenglut des Mittags, die nur wenig durch den Baum Schatten gemildert ist, das Leben vorüberflutet, als wären es Bilder, die das Leben täglich bietet. So bestätigt dieser Umstand mit höchster Beweisraft die Angabe meines Führers, übrigens eines geborenen Bukaresters, daß derartige Bilder alltäglich seien, alltäglich auch gleich in der Nähe des Königspalastes und daß sich Bukarest längst daran gewöhnt habe — wahrscheinlich auch der König.

In der Strada Elena — sie heißt so nach einer Prinzessin — haben wir das Pech, mit dem Auto so tief in den Kot einzusinken, daß wir aussteigen müssen, wenn wir weiter wollen. Mit Mühe gelingt es, das Vehikel wieder flott zu machen. Dabei hatte es schon tagelang vorher nicht geregnet. Ob das eine besondere Prinzessinnenehrung ist, muß wohl dem Bukarester Bürgermeister zur Beurteilung überlassen werden.

Ein anderes Bild. In einer dieser Straßen zählen wir in einer Weggstrecke vor dreihundert Meter zwanzig Trinkstätten für Alkohol — Schnaps, Wein und Bierbuden. Nicht man solches als ergänzendes Bild, dann wird man versucht, Bukarest als Orient, beschwört mit der Alkoholfeuchte des Abendlandes, anzusehen.

Wie die Straßen, so die Menschen, so leider auch die Kinder. In einer dieser Straßen jagen einige Jungen mit irgend welchen Fegen bewehrt, Kohlweihlinge. Diesen binden sie einen dünnen Faden um den Leib und lassen sie nun als ihre Gefangenen flattern. Anderswo sitzen einige Kleine neben dem Straßenort und formen aus diesem allerlei Gestalten und Geräte. Einer der Knieps baut gerade ein Auto. Der alte Schnuschtstraum der Menschheit, Entfernungen rascher überwinden zu können, hier unbewußt im Kinder-spiel inmitten einer städtischen Unkultur, die alles natürlich erklärt, was der Führer dazu erzählt,

„Gott ist immer in der Majorität!“

Das weißböhmisches Organ der Christlichsozialen „Das Egerland“ gibt zu verstehen, daß die Christlichsozialen überall eigene Listen aufstellen werden. Auch wenn sie nur einen Kandidaten durchbringen, so macht das nichts, denn: „Vertrauen wir nur auf Gott und auf uns selbst! Ein Mann mit Gott ist immer in der Majorität!“

Die entrüsteten Nationalsozialisten.

In Aussia fand am 26. August eine Tagung der Vertrauensmänner der „Ortsliederungen“ der deutschen Nationalsozialisten Nordwestböhmens statt, in der Sekretär Krebs mitteilte, daß die Partei in allen Orten eigene Listen aufstellen werde. „Als der Redner“, — so berichtet die „Reichenberger Zeitung“ — „auf den Beschluß der Sozialdemokraten des Teplitzer Bezirks zu sprechen kam, der eine Koppelung auch in den bedrohten Orten ablehnte, bemächtigte sich der Vertreter eine große Entrüstung.“

Der Referent sagte weiter, daß er an die Durchführung dieses Beschlusses gar nicht glauben könne. Hauptsächlich hat sich die Entrüstung der Ortsliederungen wieder gezeigt. Glauben etwa die Gelben, die Anhänger der Mörder Rathenau, Goretz, Erzbachers usw., daß die deutschen Sozialdemokraten auch nur in einem Orte mit ihrer Liste koppelten könnten?

Die Wahlvorbereitungen unserer Partei in Břehburg.

Gleich nach der Ausschreibung der Wahlen beschloß die deutsche sozialdemokratische Organisation Břehburgs, die vor wenigen Wochen reorganisiert wurde und seither an Stärke zugenommen hat, ihre Beteiligung am Wahlkampf. Eine Dienstags abends abgehaltene Vertrauensmännerversammlung beschloß sich mit der Aufstellung der Kandidatenliste und gab dem Vorschlag der Parteiverwaltung, die Genossen August Maszár und Heinrich Kalmár als Listenfürer zu kandidieren, ihre Zustimmung. Es kandidieren ferner eine Anzahl von Břehburger Arbeitern und Gewerbetreibenden, die schon jahrelang in den Reihen der Partei stehen. Mit den ungarischen Sozialdemokraten wurde ursprünglich über die Aufstellung einer gemeinsamen Liste verhandelt, doch gelang es nicht, eine Einigung zu erzielen, da sich prinzipielle Hindernisse in den Weg stellten, die in Anbetracht der kurzen Zeit, die bis zu den Wahlen zur Verfügung steht, nicht überbrückt werden konnten. Wahrscheinlich dürfte es zu einer Listenkoppelung zwischen den deutschen und ungarischen Sozialdemokraten kommen, eventuell zu einer Listenkoppelung aller Arbeiterparteien überhaupt.

Wo wird nicht gewählt?

In allen jenen Gemeinden, in denen die Funktionsperiode der jetzigen Gemeindeverwaltung noch nicht abgelaufen ist, wird am 16. September nicht gewählt.

Es finden daher im Teplitz-Saazer Kreisgebiet in folgenden Orten keine Wahlen statt: Hundorf, Sobortin, Sidward, Tischan, Nilsberg, Serbítz, Weßschan und Weßchen im Bezirke Teplitz; in Janegg, Krinsdorf, Hegeholz, Kapendorf, Strahl, Ullersdorf und Wernsdorf im Duxer Bezirk; in Kuttertschítz, Schichhof und

auch die letzte schwere Typhusepidemie, die ihren Herd im Depot des städtischen — Reinigungsdienstes hatte. Dort ist der Seuchenherd entstanden, der mehr als hundert Opfer forderte. Ist es verwunderlich? In einer Stadt, die weder eine Kanalisierung, noch eine Wasserleitung kennt, muß es Seuchen geben, und daß jene zuerst und im höchsten Maße gefährdet sind, die den Reinigungsdienst zu versehen haben, ist auch nur natürlich. So sind denn diese Opfer der Epidemie als Opfer eines zum Glück sonstwo schon recht selten gewordenen Risikos anzusehen, das Arbeiter beim Verlauf ihrer Arbeitskraft noch immer auf sich nehmen müssen. Was anderswo die Profitgier an Arbeitern verschuldet, tut hier kulturelle Rückständigkeit.

Im Konversationslexikon Brodhaus vom Jahre 1898 wird Bukarest ein Kompliment gemacht: „Im Innern und namentlich in den Vorstädten, traten bis vor kurzem noch viele den orientalischen Städten eigene Mängel hervor: elende Lehmhütten, krumme und enge, staubige oder schmutzige Gassen. Doch verschwinden diese Mängel jetzt aber ziemlich rasch.“ Es war vor fünfundsiebenzig Jahren als dieses schmeichelhafte Urteil gefällt wurde. Leider kann ich es beim besten Willen nicht bestätigen, daß „diese Mängel ziemlich rasch verschwinden“. Bukarest war damals das größte Dorf Europas, ist es heute noch und wird es noch lange bleiben. Die Kultur hat nirgends Siebenmeilenfüße an, aber in Bukarest schlürft sie in den heimtückischen Opinionsdämonen, mehr als gemächlich schlendernd — alle Hoffnung sendend auf ein freundliches Schicksal. So sehr man ein solches dem rumänischen Volk wünscht, man wird doch das Gefühl nicht los, daß es dieses Volk selbst sein muß, das sein Geschick bestimmt und meistert. Der Schicksalsglaube des Morgenlandes wird Bukarest nie dem Abendland und seiner Kultur zuführen.

Die Gabeltage des Bürgertums.

Die Deutschnationalen predigen Steuerverweigerung und fordern zur Auswanderung der Bevölkerung auf. — Die Kapitalisten sperren ihre Betriebe und jagen die Arbeiter in Verzweiflung. — Die Händler preistreibern um die Wette.

Berlin, 29. August. (Eigenbericht.) Es zeigt sich mit jedem Tage deutlicher, welche traurige Erbschaft das Kabinett Stresemann von seinem Vorgänger übernommen hat. Trotzdem die jetzige Regierung bereits umfangreiche Maßnahmen zur Bekämpfung des wirtschaftlichen Verfalls getroffen hat und neue ergänzende Maßnahmen in Vorbereitung sind, ist es noch nicht gelungen, dem Wirrwarr auf dem Gebiete der Währungs- und Finanzpolitik Herr zu werden.

Die Inflation schreitet vorläufig ungehindert weiter; die neuen Steuereingänge haben sich bisher in der Staatswirtschaft noch nicht bemerkbar machen können. Dazu kommen die ungeheuren Schwierigkeiten, die dem jetzigen Kabinett von einem großen Teil des Bürgertums gemacht werden; sie benötigen jeden Vorwand, um die Maßnahmen der Regierung zu durchkreuzen. So fordern die Deutschnationalen die Landwirte auf, die Leistung der Steuern zu verweigern und die Ablieferung ihrer Produkte an den Verbrauch einzustellen.

Auch die Produzenten und Händlerkreise treiben ihr bisheriges Wucher- und Spekulationsspiel weiter; die Industriellen suchen sich der Neuordnung und Anpassung der Löhne an die Teuerung dadurch zu entziehen, daß sie ihre Betriebe schließen. Besonders bedrohlich ist die Lage in dieser Hinsicht in Sachsen. In den großen Städten verschwinden die Lebensmittel vom Markt, bei den noch vorhandenen schnellen die Preise sprunghaft in die Höhe. Die Weltmarktpreise sind bei vielen Waren längst überschritten, während sich die Löhne und Gehälter längst nicht dieser Entwicklung angepaßt haben.

Es ist also nicht verwunderlich, daß sich der Masse auf diese Weise eine tiefgehende Erregung zu bemächtigen beginnt. Sie verlangt von der jetzigen Regierung, daß sie mit diktatorischer Gewalt gegen diese Zustände vorgehe und die Telle des Bürgertums, die selbst in dieser schwersten Stunde des Reiches ihr eigenes Interesse über das der Gesamtheit stellen, mit größter Strenge zur Rechenschaft ziehe. In der Tat wird jetzt die Regierung das Außerste unternehmen müssen, wenn sie die Lage noch retten will.



Valutenorgien der Steuer-Revolutionäre.

Ein Dollar = acht Millionen — eine tschechische Krone = 220.000 Mark.

Berlin, 29. August (Eigenbericht.) An der heutigen Börse zeigte sich die stürmische Aufwärtsbewegung der Devisenkurse fort; im Freiverkehr stieg der Dollar über acht Millionen. Als Hauptgrund für diese ununterbrochene Hauffe wird heute der große Bedarf der Kohlenimporteure an ausländischen Zahlungsmitteln ange-

ben; auch aus dem Rheinland sollen große Kaufaufträge für Devisen vorliegen. Die Reichsbank konnte die Nachfrage nur zum kleinsten Teile befriedigen. Im amtlichen Verkehr stieg das englische Pfund von 20 auf 34, der Schweizer Frank von 1.15 auf 1.3 Millionen, die Tschechokrone von 188.000 auf 220.000.

Für Hiltberings „brutale Steuerpolitik“

Die Gewerkschaften der besetzten Gebiete verlangen ihre energische Durchführung.

Berlin, 29. August. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus dem Ruhrgebiete: Die Funktionäre der freien Gewerkschaften von Rheinland und Westfalen nahmen in einer Konferenz Stellung zu der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage. Der Wille der Versammlung kam in einer längeren Entschliessung zum Ausdruck, in der daraufgelegt wurde, daß die Arbeiterschaft seit dem Bestehen der Okkupation fortwährend Opfer brachte. Die neuen Steuererlässe des Reiches hätten den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft Rechnung getragen, sie könnten aber trotzdem nur als der Anfang für einen gerechten Ausgleich bezeichnet werden. Mit der Erfassung der Sachwerte sei viel zu lange gezögert worden. Von der Regierung müsse erwartet werden, daß nunmehr die Durchführung der neuen Steuererlässe mit der allergrößten Energie betrieben werde. Im Schluß der Entschliessung heißt es, daß die Arbeiterschaft von dem Reich, den stärksten Druck auf die Reichsregierung auszuüben, Gebrauch machen wird.

Blutige Zusammenstöße in Herne.

Berlin, 29. August (Eigenbericht.) Am Dienstag kam es in Herne zu blutigen Zusammenstößen. Der Betriebsinspektor der Zeche „Friedrich der Große“ wurde von Arbeitern, die er zur Arbeit aufforderte, bedroht, worauf die Beamten in einen Proteststreik traten. Als die Direktion die Entlassung der Arbeiter anordnete, legte die Belegschaft die Betriebe still und löschte die Feuer; sämtliche Anlagen wurden besetzt und Arbeitswillige durch kommunistische Anhänger zurückgehalten. Als Polizei anrückte, wehrten sich die Streikenden; es erfolgte ein Zusammenstoß mit der Polizei, bei dem ein Mann getötet wurde, während vier Personen schwere Verletzungen erlitten.

Ein Protektor Erhardts abgelehnt.

Leipzig, 29. August. Der Chef der sächsischen Staatskanzlei, Ministerialdirektor Schulae, wurde zur Disposition gestellt, weil er, wie sich herausgestellt hat, feinerzeit eine amtliche Mitteilungs des Oberreichsanwaltes über einen Anstaltsversuch Erhardts nicht beachtete.

Pattogro im Biliner Bezirk; in Patran, Goretz, Strienitz und Obernütz im Brüxer Bezirk und in Oberleutensdorf, Hammer und Rideltsdorf im Oberleutensdorfer Bezirk.

Im politischen Bezirk Reichenberg wird am 16. September in den Gemeinden Alt- und Neu-Harzdorf, Ruppersdorf, Niederhainichen und Wegwalde, weil hier die Funktionsperiode der Gemeindeverwaltung noch nicht abgelaufen ist, nicht gewählt. Auch in Döns und Grottan werden die Wahlen am 16. September nicht stattfinden, weil hier das Verfahren wegen Vereinigung der beiden Gemeinden eingeleitet ist. In Oberkrapan, Unterkrapan und Krapan hingegen werden die Wahlen stattfinden, da die Verhandlungen über die Vereinigung dieser Orte noch nicht abgeschlossen sind.

Den aus Schlesien vorliegenden Nachrichten zufolge dürften im Troppauer Bezirk die Gemeindevahlen in den Orten Tiefengrund, Grenzdorf, Ramenz, Lodenitz, Stremplowitz, Labar, Phillipsdorf, Wistadt, Dörfel und Wladeco im November stattfinden. Im Jägerndorfer Bezirke sind bloß Jägerndorf, Schönwiese, Geyersdorf, Konecsdorf und Stubendorf von den jetzigen Wahlen ausgenommen. Im Waldstädter Bezirke entfallen die Wahlen in Wiskowitz, im Freudenthaler Bezirke in Breittersdorf und Engelsberg, im Freiwaldauer Bezirke entfallen die Wahlen in Freiwaldau und in Jauernigg. Ferner finden im Hinblick auf die erwartete Errichtung von Groß-Stran in folgenden größeren Orten derzeit keine Wahlen statt: In Schlesisch-Stran, Oberberg, Stadt, Wittowitz, Mährisch-Stran und Marienberg.

Im Ostschlesien finden die Wahlen in sämtlichen Ortschaften einschließlich der Orte Salsch und Sandou statt.

Reklamationen „erledigt“ werden.

Es kommt vielfach vor, daß Reklamationen gegen Eintragungen und Nichteintragungen

in die Wählerverzeichnisse aus wichtigen Gründen abgewiesen werden. So erhielt eine Anzahl von Wählern der Gemeinde Rothau von ihrem Gemeindebeamten folgende Zuschrift:

Laut Bescheid der politischen Bezirksverwaltung Großsitz vom 19. Juli 1923, Z. 27.502, hätten auch die hieran eingelangten Reklamationen, und zwar gegen die Eintragungen und Nichteintragungen in die ständigen Wählerverzeichnisse der bei der politischen Bezirksverwaltung Großsitz errichteten Reklamationskommission zur Entscheidung längstens bis 26. Juni vorgelegt werden sollen. Da die Mehrzahl der Reklamationen gegen die Eintragung und Nichteintragung erst am letzten Tag des Termins eingelangt ist, war es der Gemeinde, bzw. der Reklamationskommission unmöglich, über 100 Reklamationen in der kurzen Zeit durchzuführen und der Reklamationskommission der politischen Bezirksverwaltung Großsitz zur weiteren Entscheidung rechtzeitig vorzulegen.

Zusätze verspäteter Einlangens dieser Art an die Reklamationskommission in Großsitz ist nicht anferstande, über die Reklamationen zu entscheiden, weshalb alle jenen Personen, welche gegen die Eintragung und Nichteintragung in den Wählerverzeichnissen Einspruch erhoben haben, aufrecht verbleiben bzw. wieder gestrichen werden müssen.

Hievon werden sie in Kenntnis gesetzt.

Es geht nicht an, daß ein Gemeindebeamter einfach deshalb, weil es über einen ungenügenden Reklapparat verfügt oder weil es keine Zeit hat, Reklamationen abweist, ohne sie auf ihre Stichhaltigkeit hin zu prüfen. Ein Refus gegen diese samose „Erledigung“ oder Erledigungen ähnlicher Art ist an das Wahlgericht in Prag unverzüglich zu richten!

Inland.

Eine blutige Wählerversammlung in der Slowakei. Sonntag hatte tschechische Blättermeldungen zufolge, die slowakische Volkspartei eine Wählerversammlung auf dem Hauptplatz von Solics einberufen, bei der als Redner Abg. Slinka und Tuka angekündigt waren. Die gegnerischen Parteien hatten gleichfalls ihre Anhänger mobilisiert und beschloßen, an der Versammlung teilzunehmen. Vor Beginn der Versammlung marschierten rund um die Rednertribüne die Heimwehren der slowakischen Volkspartei im schwarzen Hemde unter militärischer Befehlsgebung auf und umstellten den Versammlungsplatz. Kaum hatte Vater Slinka seine Ausführungen begonnen, kam es an einem Ort zu einem Handgemenge zwischen einem Arbeiter und einem Angehörigen der Heimwehr, das in kurzer Zeit zu einer wilden Rauferei ausartete. Die Heimwehr machte Sturm auf sämtliche durch rote Flecken gekennzeichnete Arbeiter. Ein verittenes Bandenmitglied griff ein und „räumte“ den Platz. Abg. Slinka soll seine Anhänger durch den slowakischen Kampftrupp: „Chohoh!“ angefeuert haben. Dann habe er seine Rede fortgesetzt und u. a. erklärt, die Slowaken seien gegenwärtig zum dreifachen Tode verurteilt. Zum religiösen Tode, denn die Tschechen nehmen ihnen den Glauben und das Kreuz, zum wirtschaftlichen Tode, denn die Tschechen nehmen ihnen das Brot, und zum nationalen Tode, denn die Tschechen erklären, die Slowaken stammen von den Affen ab und ein Tscheche habe erklärt, die Slowaken seien in ihrer Entwicklung noch 100 Jahre hinter den Affen zurück. Er forderte seine Anhänger zum Boykott ihrer Gegner auf. Der Bauer möge jedem Feind des slowakischen Selbstverwaltungsgedankens jedes Stück Brot verweigern und wenn dieser Hungers sterben sollte. Abg. Juriga als nächster Redner wies auf ein Haus am Marktplatz hin und erklärte, dort seien Tschechen versammelt. Das war der Anlaß für die Heimwehren, das Haus zu stürmen. Erst gelegentlich dieser neuen Ausschreitungen rückte eine Gendarmereieinheit an und sperrte die Zugänge des Platzes ab. Der Beschloßhaber der Abteilung forderte Juriga auf, die Versammlung zu schließen, doch machten die Versammlungsteilnehmer Miene, den Gendarmereioffizier zu lynchen. Erst als der Angegriffene den Revolver zog, griff Abg. Juriga ein und ludte zu beruhigen. Die Gendarmereie zog ab. Das Ergebnis dieser sonntägigen Wählerversammlung waren etwa 12 Verwundete, davon 6 Schwerverwundete.

Ausland.

Ein Konzert des „Wunderkinds.“

Unser Wunderkind, die Tschechoslowakei, produziert sich augenblicklich in Rom und macht dort in Außenpolitik. Das Wie und Was ist im Dunkel, nur die äußeren Vorgänge des Auftretens werden vom hellen Lampenlicht bestrahlt. Empfänge, Begrüßungen, Diners, Ordensverleihungen, Ansprachen, gehobene Worte — alles ist, wie es sein soll, die Tremolos der Virtuosenorgie Beneß klingen ganz so fein und zart, wie sie sollen, und sind ebenso nichtssagend, wie die meisten Konzertsätze der Wunderkinder. Die Themen, die er variiert, sind ungarische Anleiheverfuche, Italiens Verhältnis zur Kleinen Entente und besonders zu Südslawien, der italienisch-tschechische Handelsvertrag und die nächste Völkerbundsstagung. Jeder der vier Gegenstände ist wichtig genug und geeignet, tief ins innere Leben der Tschechoslowakei einzugreifen, aber Gott behüte, daß wir etwas Ernstes und Greifbares über ihn erfahren, wir müssen uns mit Tremolos und musikalischen Phrasen begnügen. Es ist geradezu imponant, wie meisterlich sich das Wunderkind um alles herumzuwinden weiß. Nicht nur ein Bericht der „Agenzia Stefani“, auch ein ellenlanges Interview mit dem Berichterstatter der „Prager Abendzeitung“ entbehrt völlig jedes sachlichen Inhaltes, es genügt, zu wissen, daß Beneß und Mussolini ein Duett angeigt haben. Das ist das neue Virtuosenstück der Diplomatie: zu tun, als ob man öffentlich vorintae, und zäh an den alten Geheimmethoden festhalten. Und dafür erhält man taxfrei den Namen eines Wunderkinds und den „Weißen Löwen-Orden!“

Telegramme.

Die Christlichsozialen gegen die bayrische Autokratie-Regierung.

Berlin, 29. August. (Eigenbericht.) Gegen die Veruche der bayrischen Regierung und der hinter ihr stehenden bayrischen Volkspartei, die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung zu durchkreuzen und überhaupt dem Kabinett Schwierigkeiten deswegen zu machen, weil ihm auch Sozialdemokraten angehören, wendet sich das Münchener Organ der Christlichsozialen Gewerkschaften, die selbst der bayrischen Volkspartei nahesteht. Das Blatt sagt, daß man mit solcher Politik nur den Franzosen diene; die Christlichsoziale Arbeiterschaft habe alle Ursache, aufmerksam Augen die bayrische Politik zu verfolgen, damit nicht die Feinde des Volksstaates und der Arbeiterschaft reflexlos die Herrschaft an sich reißen; der Feinde stehe an der Ruhr, am Rhein und in der Pfalz, nicht nördlich des Mains. — Es ist anzunehmen, daß dieser Warnungsruf der Christlichsozialen Arbeiter an die bayrische Regierung noch bedeutende Rückwirkungen haben wird.

Sach'en gegen die Hakenkreuzler.

Berlin, 29. August. (Eigenbericht.) Die jüdische Regierung hat alle Veranstaltungen, welche die rechtsradikalen Organisationen für den auf den nächsten Sonntag fallenden Sedanstag planen, verboten. Unter das Verbot fallen sowohl Kundgebungen unter freiem Himmel als auch Feiern in geschlossenen Räumen. Diese Verordnung wird mit den Umtrieben begründet, die deutschnationale Hittleranhänger nicht nur für München, sondern für das ganze Reich für den 2. September planen.

Beneš im Vatikan.

Rom, 29. August. (Stefani.) Dr. Beneš begab sich nachmittags in den Vatikan zum Staatssekretär, um mit ihm über die kirchlichen Interessen der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei zu verhandeln.

Was plant Mussolini?

Rom, 29. August. (Sabas.) Nach einer Meldung des „Nuovo Paese“ hatte Mussolini eine Beratung mit Offizieren des Kriegsministeriums über den Ernst der durch die Ermordung der italienischen Delegation in Santi Quaranta geschaffenen Lage sowie über die Maßnahmen, die getroffen werden müssen. Es wurden genaue Instruktionen an die Vertreter Italiens in Athen, Paris und London telegraphiert. — Nach dem „Corriere Italiano“ rissen Manifestanten das Kuschelgeschild des griechischen Konsulats herab. Polizei vertrieb sie.

Rom, 29. August. (Stefani.) In Mailand haben gewaltige Protestkundgebungen wegen der Ermordung der italienischen Mitglieder der internationalen Abgrenzungskommission in Albanien stattgefunden. In Florenz und in anderen größeren Städten haben Trauerkundgebungen stattgefunden. (Groß Verdacht macht Schule. Nun kommt wohl bald auch das Ultimatum und dann kann es losgehen. . .)

Der Streit wegen Fiume.

Mailand, 29. August. „Popolo d'Italia“, das Hauptorgan der Faschisten erklärt: Die Verhandlungen über die Fiumaner Frage nehmen einen solchen Fortschritt, daß anzunehmen ist, daß eine Vereinbarung innerhalb der von Mussolini festgesetzten Frist, nämlich bis zum 31. August, erzielt werden wird.

Belgrad, 29. August. (M.) Hier wurde unter dem Vorsitz des Außenministers Nincic ein Ministerrat abgehalten, in dem die Fiumaner Frage diskutiert wurde. Nach der Beratung erklärte Nincic gegenüber mehreren Journalisten, daß die zur Fortsetzung der Verhandlungen mit Italien erforderlichen Instruktionen ins Einzelne ausgearbeitet und fixiert wurden, um unannehmliche Anträge zu vermeiden, um unannehmliche Anträge zu vermeiden, um unannehmliche Anträge zu vermeiden.

Die Wahlen in Irland.

London, 29. August. (Sabas.) Nach den bisher bekannten Wahlergebnissen in Irland erhielt die Regierungspartei 16, die Republikaner vier, die Bauernpartei zwei, die Unabhängigen zwei Sitze und die Arbeiterpartei erhielt einen Sitz. Unter den Gewählten befinden sich der Staatschef Cosgrave, sein Stellvertreter Ansell und der bekannte Republikaner De Valera.

Wirth in Moskau.

Moskau, 29. August. (Moja.) Der frühere deutsche Reichsminister Wirth und der Reichstagsabgeordnete Haas besuchten Krasin und hatten mit ihm eine Besprechung über die Holzindustrie.

Ungarns legale und illegale Streitmacht.

Budapest, 29. August. (Eigenbericht.) In der Nationalversammlung machte heute der sozialdemokr. Abg. Barnai aufsehenerregende Mitteilungen über die Stärke der verschiedenen bewaffneten Formationen. Zur Verhandlung stand das Gesetz über den Beamtenabbau, wonach innerhalb eines Jahres 24.000 Beamte entlassen werden sollen. Barnai führt aus, daß das Prinzip der Sparsamkeit auf die bewaffnete Macht keine Anwendung finde. Vor dem Krieg hatte Groß-Ungarn insgesamt 295 Gendarmenoffiziere, das verkleinerte Ungarn habe heute deren 858. Auch die Mannschaft ist in dem um ein Drittel kleineren Lande dreimal so groß als vor dem Kriege. Diefelbe Erscheinung finde man bei den bewaffneten Formationen, die unter dem Namen Polowache und Grenzwahe auftreten. Es gibt auch eine Garde, eine Schloswache und eine Leibgarde, die alle für die Sicherheit und den Hofstaat Horthy's verwendet werden. Barnai fordert, daß alle diese sehr kostspieligen Formationen aufgelöst und in die Armee eingereiht werden; er verlangt schließlich die Entsendung einer parlamentarischen Kommission, welche die Durchführung des Abbaus zu kontrollieren hätte.

Tages-Neuigkeiten.

Staatliche Protektion.

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat den Neubau der tschechischen Schule in Turn an die lokalisierten Baumeister Jenz, Sladecel und Krost in Pilsen um den Betrag von 2.881.441 Kronen vergeben. Wäre das Angebot dieser Firma das billigste gewesen, so wäre dagegen nichts zu sagen. Aber die Firma stand mit ihren Baukosten erst an vierter Stelle. Drei Firmen, die auch offeriert hatten, waren billiger. Warum erhielt trotzdem, allen Gepllogenheiten bei Vergabe öffentlicher Arbeiten zum Trotz, die Pilsener Firma den Schulbau zugewiesen? Weil sie eine tschechische Firma ist! Die öffentliche Ausschreibung solcher staatlicher Arbeiten ist eine leere Formalität, man könnte die Sache auch anders nennen. Daß diese Behauptung nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt nachstehende Abschrift der vom Ministerium an die Firma ergangenen Verständigung:

Prag, am 23. August 1923.

2 B — 221/12 — 1923.

Turn, Bau der tschechischen Volksschule, Vergabung.

An die Firma

Jug. J. Jenz, beh. aut. Bauingenieur, Sladecel u. Krost, Baumeister in Pilsen.

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten vergibt unter Berücksichtigung der Resultate des öffentl. Offerverfahrens Ihnen die Durchführung aller Arbeiten beim Neubau des Gebäudes der tschechischen Volksschule in Turn bei Pilsen nach den allgemeinen und besonderen Bedingungen und Arbeitsanweisungen in den Ihrem Offerte vom 17. August 1923 enthaltenen Einzelpreisen im bevorzugsfähigen Gesamtbetrag von 2.881.411,15 Kč.

Bedingung dieser Vergabung ist, daß Sie bei diesem Neubau die örtlichen tschechischen Arbeiter und Gewerbetreibenden beschäftigen werden.

Der Bauplatz wird Ihnen unter h. Z. Teilnahme am 28. August 1923 um 11 Uhr übergeben und gleichzeitig mit Ihnen ein Abordnungsprotokoll abgeschlossen. Zu dieser Verhandlung entsenden Sie einen bevollmächtigten Vertreter mit den erforderlichen Vermessungshilfsmitteln.

Für den Minister: Unterschrift unleserlich.

Die Vergabe des Schulbaues an eine Firma, die zu den teueren Offeranten zählte, bloß deshalb, weil sie eine tschechische ist, und die Bestimmung, daß dabei nur tschechische Arbeiter und Gewerbetreibende zu verwenden sind, zeigt, daß sich das Ministerium für öffentliche Arbeiten nicht als ein Ministerium für den ganzen Staat, nicht als ein Ministerium für die Gesamtbevölkerung des Staates ansieht, sondern sich als eine Institution des tschechischen Volkes betrachtet. Steuer zahlen dürfen natürlich auch Deutsche, Polen, Magyaren und Ruthenen, aber um staatliche Arbeiten zu bekommen, die aus den Steuergeldern aller Staatsbürger ohne Unterschied der Nation bezahlt werden, muß man ein Tscheche sein. — Nicht minder aufreizend ist die Bestimmung, daß bei diesem Bau nur tschechische Gewerbetreibende zu beschäftigen sind. Wir glauben nicht, daß ein österreichisches Ministerium bei Vergabe staatlicher Arbeiten die Bestimmung traf, daß dabei nur deutsche Arbeiter beschäftigt werden dürfen. Die Tschechoslowakei hat sich wirklich gründlich entösterreichert.

An der Spitze des Ministeriums für öffentliche Arbeiten steht nicht ein tschechischer Bourgeois, sondern der tschechische Sozialdemokrat Erba. Er hat, indem er diese Bestimmung traf, zwar als guter Tscheche gehandelt, aber nicht als Sozialist.

Unter den vielen Arbeitslosen in Turn muß diese Bestimmung des Ministeriums verbitternd wirken. Das sie nicht geeignet ist, die Spannung zwischen tschechischen und deutschen Sozialdemokraten zu vermindern, ist selbstverständlich.

Ein Pöbel Deutsch vom Deutschen Pöbel. Der Abgeordnete Pöbel, eines der Häupter der Hakenkreuzbewegung, ist bekanntlich äußerlich und innerlich das Urbild des Germanen. Keuherlich: der schöne, blonde Vollbart; innerlich: das tiefe Gefühl für die Feinheiten der deutschen Sprache. Daß er wie kein zweiter sein geliebtes Deutsch meistert, bewies er zuletzt wieder auf dem Exzerz Parteitag. Die kostbarsten Berlin, die er dort vor die Nationalsozialisten warf, mögen ihren Glanz auch unseren Lesern spenden. Also sagte Pöbel zum Beispiel:

„Die ganze Welt wird von furchtbaren Zuständen durchdrückt wie Sizilien vor dem Ausbruch des Vulkans. (Hier sind wohl die „Zukunft“ des Mussolini-Kraters gemeint.)

„Ausländische Wirtschaftskritiker legen die Art an den Giftbaum des Versailler Friedensvertrages.“ (Baum und Vertrag — wie ähneln sie doch einander. Und oran den arztwundersamen Kritiker läßt sich nichts machen.)

„Ein Trost ist nur eine Hoffnung, daß immer weitere Kreise im Reich des Hakenkreuzes sich sammeln, bereit zum Kampf für die innere und äußere Erneuerung.“ (Man stelle sich vor, wie sich „Kreise“ in einem „Reich“ „sammeln“ und dabei noch nach innen und außen kämpfen.)

„In dieser Zeit sieht sich die tschechische Außenpolitik an den Punkt getrieben, wo sie sich entscheiden muß, ob sie weiter als bloßer Vasall Frankreichs in dessen Fahrwasser segeln oder langsam sich ba-

von zurückziehen soll.“ (Segelnde Vasallen sind eine Alltagserscheinung, die als Außenpolitik stets an gewisse Punkte getrieben werden.)

„Angesichts dieser weitpolitischen Vorgänge ist der tschechische innerpolitische Kleinrat, der sich in der Abhandlung der Frage erschöpft, was mit größerer Beredsamkeit zeigt, wie man in der Innenpolitik keine Erfolge erzielt, von geradezu lächerlicher Bedeutungslosigkeit.“ (Die durchschnittliche Klarheit dieses Satzes macht jeden Kommentär überflüssig.)

Die paar Proben dürften genügen. Noch manche Äußerungen aus der Rede Pöbels, von dessen Munde die Rede trief süßer den Hakenkreuzsyrup, ließen sich anführen. Wir wollen aber alle übrigen goldenen Worte Pöbels zur alleinigen Freude seiner Parteigenossen im „Tag“ lassen stehen. Und nun: ein Bröschchen auf die Sprache Goethes, Pöbels und Schillers!

Sächsischer Grenzschütze. Dieser Tage lehrte der Fabrikarbeiter August Böhner aus Warnsdorf, den man bereits für vermüht hielt, aus Sachsen zurück, wo er vom Amtsgericht in Großschönau wegen unbefugten Grenzüberschrittes acht Tage lang zurückgehalten wurde. Dieses Vorgehen gegen einen Arbeiter, gegen den keinerlei Verdachtsmomente vorlagen, muß als unerhört bezeichnet werden, da es nicht angeht, daß wegen eines so geringfügigen Delictes eine Arbeiterfamilie acht Tage ihres Ernährers beraubt wird.

Zur Ermordung Daskalows erfährt das „Ceske Slovo“, daß Daskalov einem organisierten Komplott bulgarischer Faschisten zum Opfer gefallen sei. Dem genannten Blatt zufolge war es in Sofia schon am 17. Juni bekannt, daß Mörder über die Grenze geschickt wurden, die zwei Führer der Bauernpartei, die sich im Auslande aufhielten, Rajko Daskalov und Kosta Teodorov, ums Leben bringen sollten. Das war so bekannt, daß nach Prag Warnungstelegramme geschickt wurden. Die letzten Nachrichten, die in bulgarischen Kreisen verbreitet seien, melden, daß eine neue Mördergruppe, die von der in Budapest errichteten Zentrale organisiert wurde, entsendet wurde. Man spreche von 15 Gruppen zu je drei Mann. Leichter sei, daß kurz vor der Ermordung Daskalows in Konstantinopel Coun Matov erschossen wurde. Die von den bulgarischen Faschisten so ausgeführten Morde seien dadurch aber noch nicht erschöpft. So wurden einer der ältesten Organisatoren der Bauern, Kysun Kev, das Mitglied des Zentralkomitees der Bauernpartei Kmalov, ferner Sijerov, Krystozickij, Konstantin Ponjatov und viele andere ermordet. Außerdem wurde das Mitglied des Zentralkomitees der Bauernpartei Stojan Kalishev, ferner der Bürgermeister von Sofia Krum Popov und der Abgeordnete Dr. Domjanov auf grausame Art ums Leben gebracht.

Todesopfer eines christlichen Jugendtages. Ein „Gautag der christlichen Jugend“ in Wildon (nördlich von Graz) hat am letzten Sonntag nach einer Meldung des „Grazr. Volkswille“ in Wirtshaus seinen Abschluß gefunden. Mit Fahnen und Musikzügen war die christliche Jugend einmarschiert, zwei Defilerungen, eine am Vormittag, eine am Nachmittag, drückten den katholischen Gedanken durch die Musikatur der Beine und das Gesänge der Füsse aus; Messe, Musik und ein feierlicher Tanzabend ließen das Wirtshaus als letzte Hoffnung erscheinen. Nach den Strapazen des Tages kam der Alkohol und um 9 Uhr abends wurde bereits geraucht. Die Stimmung war reiß für das Messer und aus vier Wunden blutend brach der christlichsozialer Arbeiter Johann Köfler zusammen. Einige Stunden später starb er im Landkrankenhaus. Messerfischereien sind in der Steiermark an der Tagesordnung und man kann die Christlichsozialen dafür nicht verantwortlich machen. Voll verantwortlich aber sind sie für die Art ihrer Jugendzucht; sie, die nicht müde werden, die sozialistische Jugendzucht mit allen Mitteln der Niedertracht zu verleumben, sie haben nichts dagegen, daß ein christlicher Jugendtag im Wirtshaus endet. Ein trauriger Vorfall wie dieser, könnte sich anläßlich eines sozialistischen Jugendtages nicht abspielen, weil unsere, von den Kinderfreunden und der Jugendorganisation „verbundene“ Jugend nach einem Fest nicht ins Wirtshaus geht, um sich zu besaufen, denn uns ist es nicht wie den Christlichsozialen um die äußere Aufmachung, sondern um die innere Erziehung des Menschen zu tun. Die Gendarmerie hat bisher vier Personen verhaftet und eingeliefert. Es sind dies Bauernburschen aus Kainach, die nach einem kurzen Wortwechsel, beinahe grundlos mit den Messern auf Köfler loskamen.

Keine Herabsetzung der Post- und Telegraphengebühren. Ueber ein Ansuchen des Verbandes der tschechischen Kaufmannschaft wegen Herabsetzung der Gebühren der Auslandstelegramme, Zulassung der Beförderung nicht frankierter Postpakete und allgemeiner Portoprospektierung hat das Ministerium erwidert, daß die Gebühren für Telegramme in das nichtbenachbarte Ausland durch das derzeitige Valutaverhältnis des Geldes begründet werden, denn der dem Auslande gebührende Anteil an den Telegrammtarifgebühren muß in Goldfranken bezahlt werden. Ein Franken ist etwa 6,50 bis 6,50 Kč gleich, was dem Umrechnungskurs von 7 Kč solange entspricht, solange sich der Kurs unserer Krone nicht auf 6 Kč für einen Goldfranken dauernd gesenkt haben wird. Die Beförderung nichtfrankierter Postpakete wurde wegen Beförderungs- und Kontrollschwierigkeiten von der ehemaligen österreichischen Postverwaltung aufgehoben und ist weder im Auslande noch im Inlandsverkehr zulässig. Aus diesen Gründen kann sie auch in Zukunft nicht bewilligt werden. Eine weitere Ermäßigung der Posttarifgebühren kann nicht erfolgen, aber die Postverwaltung läßt die allgemeine Regelung der Postgebühren nicht aus den Augen.

Reinveredtes Kohlenlager. In der Gemeinde Senomath, Bezirk Rakonitz, ist man auf dem der Rakonitz-Kladnoer Kohlenbergwerk gehörigen Terrain in einer Tiefe von 140 Metern auf ein Lager von qualifizierter Kohle gestoßen. Man erwartet, daß man in der Tiefe von 250 Metern auf größere Lager und in einer Tiefe von 600 Metern auf ein mächtiges Flöz stoßen wird. Die Bohrarbeiten werden fortgesetzt.

Eine Falschmünzergarde. Vor einiger Zeit wurde die Gattin des Maschinenführers Frau Theresia Riedl, wohnhaft in Görkau, von der städtischen Polizei in Brüx wegen Verbreitung falscher 20-K-Noten verhaftet und dem „reissig“ sie eingeliefert. Die Brüxer Polizei ließ nach im gleichen Tage vom Polizeiwachmeister Klug in der Wohnung der Riedl eine Hausdurchsuchung vornehmen. Diese Hausdurchsuchung verlief ergebnislos, doch zeigte sich nun auch der Gendarmmeister Görkau auf die Spur der Verbreiterin und es gelang ihm, Falschmünzen bei einem Bäcker, den Kaufmann, in einer Drogerie und einem Gasthause zu beschlagnahmen. Man hat nun eine ganze Falschmünzergarde ausgeführt, deren Flecken ursprünglich war. Hundertkronenscheine zu fälschen; da die Versuche jedoch nicht glückten, begnügte man sich mit der Herstellung falscher 20-K-Scheine. Es wurde bereits eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen, weitere stehen bevor.

Abflug eines Flugzeuges in Ubell. Das Flugzeug „Fra“, welches mit einer Warenladung am Sonntag nachmittags aus Warschau auf dem Gbeller Flugplatz anlangte, stürzte aus einer Höhe von 50 Metern ab und ging hierbei völlig in Trümmer. Der Pilot Ivanovskij und der Fahrgast Dr. Fischer kamen mit bloßen Verletzungen davon und wurden in das Podoler Sanatorium überführt.

Tragischer Todesfall. In Dobositz stürzte dieser Tage die 60jährige Bedienerin Katharina Wien, als sie im ersten Stock eines Hauses in der Kirchengasse mit Fensterputzen beschäftigt war, ab und erlitt derartige Verletzungen, daß der sofortige Tod eintrat. Die meisten der zahlreichen Unfälle beim Fensterputzen könnten leicht vermieden werden, wenn nicht immer wieder die vorchriftsmäßige Schutzmaßnahme des Anbindens leichtsinnigerweise außeracht gelassen würde.

Wetterbericht vom 29. August. Dienstag breiteten sich die Niederschläge auf die ganze Republik aus, waren jedoch nur von mäßiger Menge (ein bis sieben Millimeter) und trugen Schauercharakter; Wildenschwert, St. Smolovec und Ungvár hatten Gewitter. Vom Westen her breitete sich kalte Luft bis hinter das slowakische Erzgebirge aus. Nachts sank die Temperatur durchwegs unter 10 Grad C, stellenweise bis auf 5 Grad, nachdem sie am Dienstag nachmittags 20—23 Grad nicht überschritten hatte. Nur der Ostzipfel der Republik hatte nachmittags noch 28—30 Grad und nachts mehr als 10 Grad C. Das Wetter zeigt die gleiche Entwicklung wie an den Vortagen. Die Luftdruckzunahme hat heute beinahe ihren Höhepunkt erreicht, über dem Binnenland ist ein Streifen höheren Druckes entstanden. Unterdessen ist die atlantische Depression bis über Irland hinausgerückt und dürfte, wie in den vorhergegangenen Fällen, mit ihrem Südrand alsbald Mitteleuropa erreichen. Auf der Vorderseite dieser Depression dürfte Donnerstag zunächst schönes und heiteres Wetter bei Südostwind vorwiegen, alsbald jedoch Bewölkungszunahme und Niederschlagsneigung eintreten. — Wahrscheinliches Wetter am 30. August: Westen: Nur vorübergehend besser, dann bei Erwärmung und Südostwind Bewölkungszunahme, später Neigung zu Gewittern oder Niederschlägen. — Osten: Schön, wärmer, Südostwind.

Prager Chronik.

Die Schuleinschreibungen in die deutschen Volksschulen in Groß-Prag.

Deutsche Volksschule in Prag-Neusiedl, Mladoslavova 5. Die Einschreibungen der Kinder finden am 30., 31. August und 1. September von 9 bis 12 Uhr statt.

Deutsche Volks- und Bürgerschule in Prag-Mladoslav, Rosny tsch. Die Einschreibungen der Kinder finden am 30., 31. August und 1. September von 9 bis 12 Uhr statt.

Fünftklässige deutsche Privatschule mit Lesefähigkeitslehre in Prag-Lieben. Die Einschreibungen neuerintretender Schüler und Kindergartenkinder finden am 30. und 31. August im Schulgebäude, Primatorenstraße 212, von 9 bis 11 Uhr vormittags statt. Alle Schüler versammeln sich am Montag, den 3. September um 8 Uhr früh in ihren Klassenzimmern.

An die deutschen Eltern in Prag XVI. (Smichow, Kofshirsk, Rabitz). Der Ortschulsausschuß für die deutsche Minderheitsschule in Smichow ersucht hiemit alle Eltern und Vormünder deutscher Kinder, diese nur in die öffentliche deutsche Volksschule in Smichow (gegenüber der Kirche) einschreiben zu lassen — auch solche, die Privatschulen unterrichten — damit alle diese Kinder nicht der amtlichen Statistik entgehen. Die Schule selbst könnte durch eine entsprechende Kinderzahl wieder ausgebaut werden. Sämtliche Räume der Schule wurden frisch renoviert; Turnsaal, große Räume und ein großer Hof für die Freiübungen stehen zur Verfügung. Vom kommenden Schuljahr an wird eine stete ärztliche Kontrolle durch einen Kinderarzt eingeführt, gewissenhafter Unterricht und gezielte Erziehung werden geboten.

Aus dem Polizeibericht.

Gestern vormittags fanden Kinder auf dem Peterkaai eine Handgranate, mit der sie zu spielen begannen. Zum Glück bemerkte ein Polizeimann das gefährliche Spielzeug und nahm es den Kindern weg. Die Handgranate wurde den Militärbehörden übergeben. — Gestern verließen 45 slowakische Auswanderer Prag auf dem Wege nach Amerika.

Aleine Chronik.

Die Kampagne gegen erwachsene Analphabeten in Mexiko. Die erste, im Jahre 1922 eingeleitete Kampagne zeitigte das Resultat, daß 50.000 Personen lesen und schreiben lernten. 6000 Personen stellten sich freiwillig als Lehrer zur Verfügung. Man hofft, daß die diesjährige Kampagne noch größere Resultate zeitigen wird. Zu diesem Zwecke werden die Wanderlehrer „Missionäre“ genannt und von „Unterlehrern“ begleitet. Diese haben den eigentlichen Unterricht zu erteilen, während sich die Missionäre damit beschäftigen, das Interesse und den Ehrgeiz derjenigen zu wecken, die erziehen werden sollen. Das mexikanische Staatssekretariat für Erziehung hat überdies ein neues Departement errichtet, das sich mit der Kultur der Eingeborenen und dem Analphabetentum befassen soll. Ferner ist es beabsichtigt, die Arbeiter durch Gesangsunterricht und kinematographische Aufführungen zu bilden.

Telegraphisch übermittelte Fingerabdrücke. Die italienische Polizei bedient sich neuerdings eines Verfahrens, das es gestattet, die Fingerabdrücke von Verbrechern durch das ganze Land zu telegraphieren. Man bedient sich dazu eines Reches von 100 bis 400 nummerierten Quadraten, in die die feinen Linien der Fingerpitzen eingezeichnet werden. Es genügt, durch das schon übliche Verfahren zur telegraphischen Übertragung von Zeichnungen die einzelnen Teilstriche und die Nummer des Quadrates telegraphisch zu übermitteln.

Die älteste Banknote. Die älteste noch vorhandene Banknote wurde, wie in einem Hefte der „Kundschau“ ausgeführt wird, in einem der ersten Regierungsjahre des ersten Kaisers der Ming-Dynastie (um die Mitte des 14. Jahrhunderts) nach dem Sturz der Mongol-Dynastie ausgedruckt; sie ist somit älter als die wirkliche erste Bank in Europa, die von Barcelona (1401), und drei Jahrhunderte älter als die Gründung der Bank von Stockholm (1668), welche die erste Bank war, die in Europa Papiernoten in Umlauf brachte. Die Note hat, wie das „Zentralblatt für die Papierindustrie“, Wien, berichtet, zu oberst eine Aufschrift, welche in der Uebersetzung lautet: „Ein allgemein nützlicher Verschein der Taiming-Dynastie“. Auf beiden Seiten ist zu lesen: „Verschein der Taiming-Dynastie, allgemein gültig unter dem Himmel“. In der Mitte steht mit großen Buchstaben: „Ein Kwan“; 1 Kwan = 1000 Momme oder zehn Münzschüwe zu 100 Momme (eine Momme ungefähr gleich eine Krone österröcherischer Währung). Unter „Ein Kwan“ sind die zehn Schüwe mit Münzen abgebildet. Darunter ist zu lesen: „Auf Grund einer Vorstellung Unseres Finanzministers wird der Druck und die Prägung von Verschein der Taiming-Dynastie gestattet, die überall neben den Kupfermünzen gelten sollen. Wer falsche Scheine herstellt oder solche verwendet, soll enthanptet werden, und wer Fälscher angibt oder ergreift, soll eine Belohnung von 250 Silber-Tael erhalten; überdies soll er das betrogene und feste Eigentum des Verbrechens erhalten. Am ... Tag im ... Monat des ... Jahres der Sungwu-Periode“ Die Angabe der Fässer des Tages, Monats und Jahres ist derart verfaßt, daß sie nicht gelesen werden kann. Die Sungwu-Periode entspricht den Jahren 1368 bis 1399 der christlichen Zeitrechnung. Dieser Schein wurde im September 1888 beim Wiederreißen eines Hauses in Peking gefunden und von dem Numis-

Die Prager Hasardeure vor Gericht.

Ein Raubspiel zum Selbstmord des Bankbeamten Brod.

Prag, 20. August. Vor einem Einzelrichter beim Strafgericht Prag II fand heute eine Affäre ihr vorläufiges Ende, die seinerzeit in Prag großes Aufsehen erregt hat, da in ihrem Mittelpunkt einige „Stützen der Prager Gesellschaft“ eine wenig ehrenvolle Rolle spielten. Am 12. Juni hat sich bekanntlich der Bankbeamte Otto Brod, angestellt beim Prager Bankhaus Petschel, wegen „finanzieller Verluste“ erschossen. Der Selbstmord des 24-jährigen Beamten wäre bald der Vergessenheit anheimgefallen, wenn es nicht dem „Sozialdemokrat“ gelungen wäre, die Vorgeschichte dieses Selbstmordes aufzudecken. Otto Brod hatte nicht wegen finanzieller Verluste allein Selbstmord begangen — er war das Opfer einer Spielergesellschaft geworden, an die er in zwei aufeinander folgenden Nächten im „Hotel de Saxe“ beim Baccaratspiel 400.000 Kronen verloren hatte. Diese Spielergesellschaft bestand aus dem Länderbankdirektor Arthur Rosenbaum — unruhmlühst bekannt wegen seiner wiederholten Bemühungen, unter den Bankbeamten gelbe Organisationen ins Leben zu rufen —, dem Direktor der „Karpaschia“ Gustav Tauffig, dem Direktor Alexander Singer, dem Inhaber des Prager Bankhauses Rauber u. Co. Otto Lauscher und dem Professionspieler Freyler. Otto Brod, der an diese Gesellschaft eine so ungeheuerliche Summe verloren hatte, besah nun kein Geld, um seinem Vater und seinem Vetter 110.000 K., die er sich zu Spekulationszwecken ausbezogen hatte, zurückzugeben. Er wandte sich daher an Otto Lauscher um ein Darlehen in dieser Höhe. Lauscher verweigerte dieses Darlehen. Die Hasardeure glaubten nun, daß es sich um einen Expressionsversuch des Brod handle und fürchteten, er könne sie zur Anzeige bringen. In ihrer Furcht ließen sie daher zum Advokaten Dr. Hirsch, der vom Anwalt des Brod die Zustimmung zu erlangen versuchte, daß Brod gegen die Hasardeure keine Strafanzeige erstatten werde. Da dieser Versuch des Dr. Hirsch fehlschlug, drohte er in der Kanzlei des Anwaltes Brod, wo sich diese Szene in dessen Gegenwart abspielte, in das Bankhaus Petschel zu gehen und Brod bei seinem Chef zu denunzieren. Dr. Hirsch fuhr auch tatsächlich zu Direktor Popper des Bankhauses Petschel. Der Anwalt Brods, Dr. Stein, ging dem Dr. Hirsch nach, erklärte dem Direktor Popper die Sachlage und ersuchte ihn, Brod nicht zum Selbstmorde zu treiben. Direktor Popper erwiderte auf diese Vorstellungen: „Er soll sich halt erschließen; ich kann ihn daran nicht hindern“. Popper erklärte dann weiter, daß Brod jedes Vertrauen in der Bank verloren habe. Während der Unterredung des Dr. Stein mit Direktor Popper erschoss sich Brod in seiner Wohnung. Der

Anwalt Brods erstattete daraufhin bei der Staatsanwaltschaft die Anzeige gegen die Hasardeure. Da den beiden Mitschuldigen Tauffig und Singer die Anklage nicht zugestuft worden war, fand heute die Verhandlung nur gegen Direktor Rosenbaum, gegen Otto Lauscher, den Professionspieler Freyler und gegen den Direktor des „Hotels de Saxe“ Sindelar wegen Hasardierens, beziehungsweise Begünstigung desselben statt.

Otto Lauscher gestand ein, daß er einmal Baccarat gespielt habe. Er erklärte, daß es sich stets nur um Beträge von hunderten von Kronen gehandelt habe und daß die größte Differenz beim Spiele sechs- bis achttausend Kronen ausgemacht habe. Kurz darauf gab er aber zu, daß Brod an einem Abend 90.000 K. schuldig blieb, die er erst am nächsten Tage bezahlt habe. Am zweiten Abend sei er gar 140.000 Kronen bis zum nächsten Tage schuldig geblieben.

Von dem Professionspieler Freyler, der zur Verhandlung nicht erschienen war, ist erwiesen, daß er Berufsvormittler von Hasardspielen ist und daß er in verschiedenen Hotels in Prag („Hotel de Saxe“, „Hotel Passage“) Zimmer gemietet hat, wo er Hasardpartien arrangiert, während er selbst eine Wohnung in Prag-Weinberge besitzt. In den Hotels führt er stets einen Koffer mit, in dem sich das Inventar eines Berufs-Hasardeurs befindet. Freyler hielt gewöhnlich nicht mit, sondern streicht zum Schluß einen prozentuellen Gewinn ein.

Länderbankdirektor Arthur Rosenbaum muß bei der Einbernahme gleichfalls eingestehen, daß er hasardiert hat. Er will aber auch nur einmal gespielt haben. Bei dieser Gelegenheit habe er 1200 K. verloren.

Der Direktor des „Hotel de Saxe“ Sindelar gibt an, daß er von dem Hasardspiel in den Räumen des Hotels nie etwas gewußt habe.

Das Urteil:

Nach durchgeführter Verhandlung werden Freyler und Lauscher zu je tausend Kronen Geldstrafe, im Nichtbringungs-falle zu drei Wochen Arrest verurteilt. Direktor Rosenbaum und Sindelar wurden freigesprochen. (!) Rosenbaum mit der Begründung, daß er durch seinen Verlust beim Hasardspiel genügend bestraft (!) sei, Sindelar deshalb, weil er nach seiner Angabe von dem Hasardspiel nichts gewußt habe. Der Staatsanwalt hat selbstverständlich gegen dieses Urteil die Berufung eingelegt. Im Falle Rosenbaum wegen des Freispruchs, bei den anderen Angeklagten wegen zu geringen Straußmaßes.

matiker Dr. Ehrenfeld in Wien erworben. Weitere Exemplare gibt es in Europa nur im Britischen Museum in London, im asiatischen Museum in Petersburg und im kgl. Münzkabinett in Schweden. Marco Polo, der italienische Weltreisende, schreibt über die chinesischen Banknoten, die schon im 12. Jahrhundert in Umlauf waren: „Der große Khan (Kublai) ließ die Rinde von Bäumen zu einer Art Papier verarbeiten, welches als Geld im ganzen Lande zu gelten hatte.“ Auf solch Papier ist auch die vorliegende Note gedruckt, und es ist wahrschein-

lich, daß alle Banknoten bis zur Einstellung der Ausgabe im Jahre 1465 auf ähnlichem Papier gedruckt wurden. Wie aus den Untersuchungen, die Prof. Karabacel über die Papierzeugung im Orient anstellte, hervorgeht, fanden die Chinesen in der Papierzeugung, im Plattendruck und in der Papiergestaltung sehr bald gelehrtge Schüler, indem es in Syrien schon Ende des 12., in Persien Ende des 13. Jahrhunderts Papiergeld gab, wo es aber noch kurzer Dauer wieder außer Gebrauch kam.

„Die Wählerin“

Wahlaußgabe der Zeitschrift: „Die Sozialdemokratin“ erscheint in den nächsten Tagen. Vorzüglich geeignet zur Agitation unter den Frauen und Mädchen. — Bestellungen mit Angabe der genauen Personadresse sind zu richten an die Verwaltung, Prag II, Havliczkova nám. 32. **Bestellen sofort, weil sonst vergriffen.**

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Skavenleben.

Skandalöse Zustände bei der Hainspacher Forstverwaltung in Zeidler und Woffberg.

Der idyllisch gelegene Ort Zeidler sichts gegenwärtig einem Militärlager aus dem Weltkrieg ziemlich ähnlich. Arbeiterkolonnen von 200 Mann, zusammengestellt aus Metall-, Berg-, Textil- und Holzarbeitern, unter Führung eines Partieführers, ausgerüstet mit Aufsäcken, Decken, Eßgeschirren und Werkzeugen, wechseln sich gegenseitig ab. Die Dr. Oswald Thun-Salm'sche Forstverwaltung in Hainspach läßt die von den Kolonnen vollständig vernichteten Waldbestände schlagen und verwendet dazu zum größten Teile von der staatlichen Arbeitslosenunterstützung ausgeschiedene Arbeiter des Egerlandes. Diese wurden über Ansuchen der Forstverwaltung durch Inzerate des Holzkäufers Anton Bed und Komp., Holzhändler in Marienbad, in den Tageszeitungen des Karlsbader Gebietes von den Arbeitsvermittlungsbüro von Karlsbad und Umgebung nach Zeidler und Woffberg geschickt. Den Arbeitern wurde ein guter Lohn von mindestens 30 Kronen täglich, sowie gute Unterkunft versprochen. Es stellt sich aber bald heraus, daß sie von der Forstverwaltung nach allen Regeln der Kunst rückwärts los ausgebeutet werden. Der Tarifvertrag wurde nur für schlagfähiges hartes Holz, von welchem sich die Rinde leicht löst, abgeschlossen. Den Forstarbeitern wurde bereits im März dieses Jahres unter den jetzigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen ein zehnwöchentlicher Lohnabbau aufgezwungen. Gegenwärtig sind nur noch junge Bestände zu schlagen, außerdem läßt sich von den schwachen, ausgetrockneten Stämmen die Rinde sehr schlecht abschöpfen. Die Folge all dieser Umstände ist, daß die Arbeiter nichts verdienen können. Im Durchschnitt beträgt der Lohn bei einer zwölf- bis vierzehntägigen Arbeitszeit zehn bis fünfzehn Kronen täglich, von welchem Verdienste die Arbeiter hienfalls ihr nacktes Leben fristen können, keinesfalls aber in der Lage sind, ihren in Saufe einmündigen hungernden Familien etwas abzutreten. Außerdem ist das Schlagen des Holzes in den abirrigigen und felsigen Gegenden, besonders des Sternberger Reviers, für diese ungelerneten Arbeiter äußerst gefährlich. Nach Berichten mühten bereits zwei Arbeiter diese gefährliche Arbeit mit ihrem Leben bezahlet. Vor kurzer Zeit wurde dem Arbeiter Franz Bader aus Zähneberg bei Weipert, welcher verheiratet und Vater von sieben Kindern ist, von

Verbreitet die Arbeiterpresse.

(Nachdruck verboten.)

Die Glücksbude.

Erzählung von Ernst Prezzang.

Von da an hatte Jeremias seinen ständigen Platz auf jener Bank, die er oft vom Morgen bis zum Abend nur verließ, um ein wenig in dem kleinen Garten zu wandern oder mit Trude die Mahlzeiten in der Laube einzunehmen. Er begann wieder zu lesen und sich für die Dinge der Außenwelt zu interessieren. Neue Kräfte schienen ihn zu erfüllen. Kleine Gartenarbeiten beschäftigten ihn. Er war voller Hoffnung und Zuversicht. Er und Frau Trude. Der alte Friede webte wieder um sie her, die alte Freude. Nur manchmal, wenn sie auf der Bank am Hause saßen, mußte Frau Trude hinaussehen auf die Wiesen und Felder, auf den Fluß, der da unten sein silbernes Band zog, auf die blauen Wälder am Horizont, auf die staubige, graue Landstraße, deren Krümmungen sie an den Bäumen verfolgen konnte, — und eine Sehnsucht wollte in ihr aufwachen nach der Glücksbude, die nicht still stand, wie sie selber es mußte, die von keiner Hand eingeschlossen war wie das Haus hier. Nicht mehr als zwanzig Schritte konnte sie in einer Richtung gehen, dann schlossen die Dornen vor ihr den Weg.

Wie häufig aber sagte Jeremias: „Ist's nicht viel besser hier als in dem Wagen? Wie gemütlich, wie anheimelnd und ruhig! Man sitzt immer unter denselben Bäumen und freut sich, wie die Blätter werden, die Blüten und Früchte. Alles sehen wir wachsen, Viehste! ... Nein, ich möchte nie zurück in die Ururube, in den Lärm, in dem ich doch nicht heimisch bin.“

Frau Trude schwieg. Es genügte ihr, ihn glücklich zu wissen. Und es waren ja auch nur einzelne Stunden, in denen sie sich arm dünkte, weil sie in dieser Enge eingeschlossen.

Die Tattenbads sind ein sehr feines Geschlecht, Trude. Wo sie sich niederlassen, stehen sie so bald nicht auf. Wie froh bin ich, daß ich wieder festen Boden unter den Füßen fühle! Ob wir hier Wurzeln schlagen werden? ... Wohl kaum. Ich, ja, ich kann ja nicht in die Heimat zu-

rück. Aber der Junge? Weißt du, was ich denke, Liebste? Wenn er dorthin zurückkehren und meinen Namen wieder zu Ehren bringen könnte!“

„Jeremi?“

„Ja. Was bist du so erstaunt? Es ist doch nur natürlich. Oder willst du ihn untergehen lassen in diesem Zigeunerleben? Wir konnten es ja bisher nicht ändern. Aber nun ist Friedrichs Arm geheilt und er braucht keine Hilfe mehr.“

„Was willst du tun, 'mias?“

„Mir ist da ein Gedanke gekommen. Vor allen Dingen muß der Junge doch einige Jahre die Schule besuchen. ... Wenn wir ihn zu Dora geben würden ...?“

„Nein!“ Frau Trude sagte es so heftig, daß sie selber erschrak. Hat sie — hat Dora an dich geschrieben?“

Er schüttelte den Kopf. „Noch nicht. Ich fragte erst vor einigen Tagen bei ihr an.“

Frau Trude stand auf: „Du hast ihr diesen Vorschlag gemacht?“

„Warum nicht? Sie würde Jeremi gut halten, das ist außer Frage. Und ihn zu etwas Rechtem erziehen.“

„Etwas Rechtem?“

„Du bist erregt, Trude.“

Ja, die kleine Falte auf der Stirn war wieder da. Die brennenden Augen blickten über die Heide hinweg — dorthin, wo die Bäume der Straße am Horizont verschwanden.

„Mit meiner Einwilligung wird Jeremi nicht zu Dora gehen, 'mias. Oder er mußte es selbst wollen.“

„Es ist dein alter Doh, Trude.“

„Ich hasse Dora nicht. Aber meinen Jungen geb' ich ihr nicht.“

Sein Gesicht rötete sich; er fuhr auf: „Du gibst ihn lieber der Landstraße!“

Sie blickte ihn ruhig ins Auge und nickte: Lieber der Landstraße, 'mias, als der Stadt, die dich ruiniert und beschimpft hat.“ Sie trat ins Haus.

Er sah ihr betroffen nach.

XII.

Als der Sommer zu Ende ging, kamen zwei Briefe ins Haus. Zuerst dieser:

Lieber unglücklicher Bruder!

Es hat lange gedauert, bis ich Deinen Brief nun beantworte. Aber ich wußte nicht, ob es Deine Frau gestatten würde. Du Armer hast ja wohl in Deinem Hause nichts mehr zu sagen. Jetzt wage ich es und schreibe aus Mitleid mit Eurem Kinde. Es zieht also mit einem wildfremden Menschen auf der Landstraße umher?! Jeremias, wie konntest Du das zugeben! Der Junge wenigstens muß gerettet werden! Er muß, hörst Du?! Ich habe schon mit dem Rektor des Realgymnasiums gesprochen; er will ihn zum Oktober aufnehmen, wenn ich für das Schulgeld und für onständige Kleidung Sorge. Ich habe es versprochen. Sorge Du dafür, daß er Anfang September hier ist. Vadet ihn aber vorher! Laßt ihm die Haare schneiden und ihn auch im Anzug nicht wie einen Stromer ankommen. Seine kleine schmutzige Seele hoffe ich dann reinzuwaschen. Es grüßt ihn und Dich herzlich Deine Schwester Dora.

P. S. Dein Nachfolger ist wegen betrügerischen Bankrotts verhaftet worden. Gottes Mühen mahlen langsam usw.

Jeremias brante der Kopf, als er diesen Brief gelesen. Alles Vorhergehende verschlang das Polkstriptium. „Also hat es ihn doch getroffen, Trude! Unrecht Gut gedicht nicht!! Sieh' hier!“ Er zitterte vor Aufregung.

Sie las. Das den ganzen Brief und reichte ihn ruhig zurück. Ein kaum merkbares Beben lief durch ihre Fingerpitzen, als sie auf den Satz von der „kleinen schmutzigen Seele“ zeigte: „Was soll das, 'mias? Wie kommt sie dazu?“

Er studierte den Satz einigemal, schüttelte den Kopf. „Du mußt es nicht tragisch nehmen, Trude. Sie schreibt da so etwas hin — —; aber wie entgegenkommend ist sie im übrigen! Das kannst du nicht leugnen. Es ist ein starkes Pflicht- und Verantwortungsfühl in ihr wie in allen Tattenbads.“

„Du kennst meine Meinung, 'mias.“

„Ja. Und ich will mich an dein Wort halten. Jeremi soll selbst entscheiden. Noch heute schreibe ich an ihn.“

Er tat es. Aber sein Brief ging an einem anderen vorüber, der ihm entgegengekommen war. Friedrich hatte ihn geschrieben, und er war nicht an Herrn, sondern an Frau Tattenbach adressiert und lautete:

Gochberechte Frau Gertrud!

Mir ist das Briefschreiben immer eine harte Arbeit gewesen. Aber dieser ist der allerhärteste. Wie werden Sie es mir aufnehmen? Ich habe hoch und heilig geschworen, auf das keine Briefe aufzuspassen und ihn gesund an Leib und Seele wieder zu Ihnen zu bringen. Und nun? Krant ist er ja nicht, nein. Im Gegenteil: so gesund wie ein Fisch im Wasser. Aber er macht Seiten-sprünge. Er hat sich immer viel mit der Turnerrei abgegeben und war gefällig wie ein geister Wind-saden. Dagegen konnte ich ja nichts tun. Und daß er am liebsten mit den Gymnastikern umging, das war doch nicht zu ändern. Nun wollte ihn der Direktor einer Truppe engagieren und dann sollte er mit ihnen fahren. Ich hab's ihm verboten und hab' ihn schließlich in den Wagen gesperrt. Ja, daß ich nur gleich die ganze Wahrheit sage: er ist durchs Fenster gegangen und auf und davon! Jetzt schwimmt er wohl schon auf dem großen Wasser. Denn die Truppe wollte nach Amerika. Liebe Frau Trude! Sie werden fürchterlich böse auf mich sein! Und Ihr Mann erst! Ich kann mich wohl gar nicht mehr vor Ihnen bilden lassen. Das beiliegende Schreiben hat er für Sie zurückgelassen. Ich bin ganz unglücklich. Friedrich.

Aus dem Schreibefeste stammte das ausgegriffene Blatt:

Liebe einzige gute Mutter! Lieber Vater! Vergebt es mir, wenn ich Euch betrübe. Der Direktor sagt, ich würde in einigen Jahren der berühmteste Artist sein. Er will mich ausbilden. Ich habe große Lust dazu. Wir fahren nach Amerika. Von dort schreibe ich. Dnsel Friedrich war sehr gut zu mir, aber halten konnte er mich nicht. Es läßt Euch in Eile

Euer Sohn Jeremi.

Frau Trude las den Brief zum zweiten, zum dritten Male. Sie faltete ihn zusammen, steckte ihn in das Abend und sah schmerzhaft vor sich hin. (Fortsetzung folgt.)

